Nr. 51. Jahrgang V. Allgemeine Berlin, 18. Dezemb. 1896.

Israelitische Wochenschrift

Nebst einer wissenschaftlichen Beilage „Jeschurun".

Redakteur: A. Levin.
Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57.
Telephon:
Redaktion VII, 4236. * Expedition VI, 796.

Treu und frei!

Bezugspreis vierteljährlich:
Deutschland u. Oesterreich-Ungarn Mk. 2,00,
alle andern Länder Mk. 2,50.
Post-Zeitungsliste Nr. 108.

Die „**Wochenschrift**" erscheint an jedem Freitag mindestens 20 Seiten (2½ Bogen), der „**Jeschurun**" Mitte und Ende jeden Monats mindestens 4 Seiten (½ Bogen) stark. Zu beziehen durch die Post (Zeitungsliste pro 1896 Nr. 108) oder unsere Expedition.

Inhalt:

Zur Vorstandswahl in Berlin

erhalten wir folgende Glosse:

Am vorigen Sonntag hat die Vorstandswahl, die mehrfach verschoben worden, stattgefunden und das in Nr. 49 dieses Blattes vorausgesagte Ergebnis gehabt.

Aus dem Vorstande scheidet Herr Direktor Herrmann, den wir allezeit als einen Gegner bekämpfen mußten, bei dem wir aber auch allezeit gern bedeutendes Wissen und warmes jüdisches Empfinden anerkannten. Leider scheint es, daß gerade seine Vorzüge ihm zum Fallstrick wurden. Er hatte das Gefühl der Ueberlegenheit. Das mochte noch hingehen, denn das teilt er mit den Dümmsten; aber er machte seine Ueberlegenheit auch fühlbar, und das konnte ihm nicht verziehen werden. Man sagt, seine Kollegen haben ihn gern scheiden sehen. Außerdem — und das machte uns zu seinen Gegnern — war er ein Fanatiker der Reform, ein fanatischer Anhänger des Systems, das seit 30 Jahren die Berliner Gemeinde zu ruinieren beflissen ist. In dem vorjährigen Wahlkampfe stand er in der vordersten Reihe der Liberalen, die gegen Sabbatfeier und gegen hebräische Gebetsprache eiferten, und lebhafte Zustimmung fand er mit seinem Assimilierungseifer bei allen denen, die „sich nicht zu erkennen geben wollen" und nach nichts mehr sich sehnen, als daß man sie nicht erkennen möchte.

Aus dem Vorstande scheidet ferner Herr Sanitätsrat Dr. Wiesenthal, dem man nichts von dem nachreden kann, was Herrn Direktor Herrmann nachgerühmt wird. Er fiel nicht durch Ueberlegenheit lästig, ganz und gar nicht. Er wurde nicht mehr gewählt lediglich in Konsequenz der jüngsten Repräsentantenwahlen.

Im Vorstande verblieb von den alten Mitgliedern, deren Mandat abgelaufen war, einzig Herr Julius Jacobi, der fleißigste Arbeiter im Vorstande. Daß er bleiben konnte, dankt er ausschließlich seinen Gegnern, die ihm ihre Stimmen gaben, weil sie sich nicht entschließen konnten, ganze Arbeit zu thun, weil sie dem Hunde den Schwanz mit einem Male abzuschneiden nicht das Herz hatten. Seine Freunde aber demonstrierten gegen ihn durch Abgabe unbeschriebener Stimmzettel, nachdem sie ihm vergeblich zugemutet hatten, mit seinen Amtsgenossen den Abschied zu nehmen. Er heißt seitdem bei ihnen Judas Jacobi, nicht Julius Jacobi.

Und nun die neuen Männer:

Aus ihrer Mitte fand die Mehrheit der Repräsentantenversammlung einen Mann zum Vorstandsamte geeignet: Herrn Martin Simon. Er gehört nicht zu denen, die im vorigen Jahre entschieden Partei ergriffen hatten. Mit sanftem Lavieren hatte er zwischen der obsiegenden konservativen Richtung und der alten Meyerei sich durchgewunden, dort mit verständnisinnigem Augenblinzeln, hier mit tiefen Verbeugungen seine freundschaftliche Zugehörigkeit andeutend. Was er kann und was er will, das wird er erst zeigen müssen.

Der zweite neue Mann im Vorstande ist Herr Rechtsanwalt Fuchs, der bisher gemeindepolitisch so wenig hervorgetreten ist, daß er von beiden Parteien in Anspruch genommen werden kann. „Neue Synagoge" ist die Signatur, die er sich selbst gegeben hat. Das ist nicht viel. Für den obligatorischen Religionsunterricht will er eintreten. Das ist schon etwas. Charakteristisch ist eine Wahl wie die des Herrn Martin Simon insofern, als in beiden Fällen die siegreiche Mehrheit vom vorigen Jahre es für nötig hielt, außerhalb ihres Kreises Kandidaten zu suchen, damit nur ja kein „Kompromittierter" auf den curulischen Gemeindesessel gelange.

Die drei seitherigen Stellvertreter Herren Kommerzienrat Julius Isaak, Regierungsrat a. D. Magnus und Professor

Geiger sind von der Bildfläche verschwunden. Zu ihrem Ersatz sind die Herren Sanitätsrat Dr. Boas, Rechtsanwalt Lilienthal und Wilhelm Goldschmidt berufen.

Was Herrn Sanitätsrat Dr. Boas betrifft, so schwankt sein Charakterbild in der Geschichte unserer Gemeinde. Die Konservativen haben ihn als zum andern Lager gehörig im vorigen Jahre aus der Repräsentantenversammlung ausgemerzt, und jetzt haben sie ihn gewählt. Sie haben sich nämlich, wie sie sagen, über Herrn Dr. Boas im Irrtum befunden. Die Liberalen aber zählen ihn noch immer zu den Ihrigen und haben ihn auch gewählt. Wer wird sich jetzt getäuscht finden? Herr Lilienthal, der zweite Stellvertreter, hat in der Fürsorgekommission eifrige und nützliche Thätigkeit entwickelt. Sein Programm ist nicht bekannt. Man hat ihn nicht danach gefragt oder wenigstens die Auskunft nicht weiter gegeben.

Erst an die sechste Stelle haben die Konservativen einen Mann von ausgesprochener Farbe gebracht: Herrn Wilhelm Goldschmidt. — Um den letzten von sechs Plätzen zu besetzen, haben die Konservativen einen Sieg auf der ganzen Linie nötig gehabt! Wie viel bescheidener hätten ihre Ansprüche sein können, wenn sie unterlagen?

Konfessionell-jüdische Volksschulen.

Wenn jemand mit seinen Lieblingsideen in Gesprächen allzu freigebig ist, so kann es ihm passieren, daß der Angeredete ihm schließlich kaum zuhört, und wenn er gar ein Organ findet, daß seine Ideen mit Druckerschwärze verbreitet, so wird er lästig, und will er dann, durch dieses ermutigt, einer großen Vereinigung in seiner bescheidenen Weise eine Direktive geben, so macht er sich einfach — lächerlich.

Diese Gedanken kamen mir unwillkürlich, als ich bei einem vorübergehenden Aufenthalte in Berlin in einem dortigen Blatte einen Artikel unter obiger Spitzmarke las; und obwohl es mir sonst ganz fern liegt, gegen das nicht genannte Blatt und den unbekannten Verfasser zu polemisieren, — gegen die darin enthaltenen Ideen muß ganz entschieden Front gemacht werden.

Als vornehmste Aufgabe des neugegründeten „Deutsch-Israelitischen Lehrerbundes" betrachtet der Verfasser, die Sorge, daß die jüdisch-konfessionellen Volksschulen vermehrt werden. Er wünscht in seiner bescheidenen Weise diesem Bunde damit die Direktive zu geben. Auch wir begrüßten die Gründung des Lehrerbundes mit Freuden, und wenn wir uns auch von ihm keine großen Thaten versprechen, so ist doch für manche interne Fragen, die Schule und Lehrer betreffen, eine Zentrale geschaffen. Der Bund kann Gutes leisten, wenn er sich phantastischen Projekten fernhält und solche überhaupt nicht diskutiert.

Die jüdischen Volksschulen stehen auf dem Aussterbeetat, — das erkennt auch der Verfasser an. Im Jahre 1882 schrieb ich in meinem Werke: „Der jüdische Lehrer, sein Leben und Wirken": „Mit der jüdischen Elementarschule wird es bald vorbei sein, denn die kleinen Gemeinden verringern sich und sind kaum noch imstande, einen Kantor und Religionslehrer zu halten." Ich frug weder damals noch heute ängstlich: „Was soll aus unseren jüdischen Volksschulen werden?" — sondern sagte damals wie heute: eingehen sollen sie! Was nicht lebensfähig ist, muß sterben, das ist überall, im Leben der Natur, wie im Leben des Individuums, unabänderliches Gesetz. Unsere jetzt noch bestehenden jüdischen Volksschulen sind heute nur noch entweder Kleinkinderbewahr-Anstalten, d. h. Schulen für zwei unterste Klassen, oder — Armenschulen!

Ein wirkliches Bedürfnis für jüdische Elementarschulen ist noch in Berlin vorhanden, wo unter 25 000 schulpflichtigen jüdischen Kindern mindestens 2000 Kinder unbemittelter Eltern vorhanden sind, die diese zwei Schulen besuchen und dort ausnahmsweise Kenntnisse erwerben, die über das Niveau einer gewöhnlichen Volksschule hinausreichen. Außerdem giebt es noch im Osten größere Gemeinden, wo das Verhältnis ein ähnliches ist. Außer Berlin haben aber sämtliche größeren jüdischen Gemeinden in Preußen, wie Breslau, Königsberg, Hannover, Köln, Danzig 2c., ihre früher bestehenden Elementarschulen aufgelöst und dafür ihre ganze Sorgfalt dem Religionsunterricht zugeführt. Hamburg und Bremen gehören nicht zum preußischen Staat, und Frankfurt a. M. hat zwei jüdische Realschulen. Alle noch bestehenden jüdischen Elementarschulen werden allmählich aufgelöst und alljährlich verringert, und wahrlich nicht zum Schaden des Judentums und der jüdischen Religion.

Und bei dieser Decadence stellt der Verfasser jenes Artikels die strikte Forderung, daß alle jüdischen Gemeinden, die 40 schulpflichtige Kinder zählen, mehrklassige Elementarschulen errichten sollen! Er verkennt es allerdings nicht, daß von den Gemeinden in dieser brennenden Frage nichts zu erwarten sei, darum müsse der „Deutsch-Israelitische Lehrerbund" diese Sache in die Hand nehmen. Alle anderen Fragen müßten vor dieser zurücktreten; es dürfe nicht eher gerastet werden, bis wir unser Ziel erreicht.

Es ist angesichts dieser Naivetät wirklich schwer, die Satyre zu unterdrücken, aber wohl möchte ich wissen, wie der Verfasser sich diese Lösung eigentlich denkt. Soll der Verband, über den Kopf der Gemeinden hinweg, die doch nun einmal autonom sind, Elementarschulen gründen? Oder sollen die Gemeinden durch die Regierung veranlaßt werden, derartige Schulen einzurichten? Wer soll denn in diesen Fällen, die sicher nie eintreten, die jüdischen Eltern zwingen, ihre Kinder in diese Schulen zu schicken? Diese Forderung wäre allerdings das Ideal der Antisemiten, sie sollte aber von einem jüdischen Lehrer nicht einmal gehegt werden.

Ich amtierte bis jetzt in fünf mittleren Gemeinden, die alle über 40 schulpflichtige Kinder zählten. Von diesen 200 Schülern besuchten 4 Kinder die Volksschule, alle übrigen aber das Gymnasium oder die höhere Töchterschule. Ich greife nicht fehl, wenn ich die Zahl meiner Schüler seit 27 Jahren auf 1500 schätze, wovon über 90 % höhere Schulen besuchten.

Eine weitere Frage, der ich volles Verständnis entgegenbringe, ist die: Was soll aus den Elementarlehrern werden? Auch diese hat längst ihre Erledigung gefunden. Anstatt sich mit den ganz unfruchtbaren Vorbereitungen für die Mittelschullehrer- und Rektorats-Prüfungen zu befassen, mögen die Herren sich mit dem Studium zum Kantorat- und Predigeramt beschäftigen. Die Zukunft gehört dem — Kultusbeamten! Die mittleren Gemeinden, die bisher noch Rabbiner besoldeten,

engagieren seit einigen Jahren solche Beamte, die als Kantoren, Religionslehrer und Prediger zu fungieren imstande sind, und diese haben überall ein weit besseres Einkommen als in ihrer Eigenschaft als Elementarlehrer. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, daß, anstatt fünf neue Seminare zur Ausbildung von überflüssigen Seminarlehrern, ebenso viele Seminare für Kultusbeamten ins Leben gerufen werden.

Die angeregte Frage wegen Vermehrung der jüdischen Volksschulen darf von dem Verband der Deutsch-Israelitischen Lehrervereine nicht einmal diskutiert werden, wenn er sich nicht unsterblich blamieren will. *)

Lion Wolff.

Aus dem Berliner Gemeindeparlament.

Die Neugierde ist ein Laster und nicht einmal ein schönes, so scheint man in den Kreisen unserer Gemeindeverwaltung zu denken. Denn als nach langem Hangen und Bangen endlich die Frage der Vorstandswahlen zur Entscheidung reif war, da zeigte sich wieder einmal, daß die Freunde der Arbeit hinter den Koulissen noch immer in unserer Gemeinde obenauf sind. Aus den öffentlichen Ankündigungen war nicht zu entnehmen, daß auch dieses Stück hinter verschlossenen Thüren sich abspielen sollte, auch das Gemeindestatut enthält nichts derartiges, als aber das ziemlich zahlreich erschienene Publikum Einlaß begehrte, da gewahrte es am Eingang der Pforte, wenn auch nicht einen Engel mit feurigem Schwerte, so doch einen Gemeindefunktionär, der sich schützend und wehrend am Eingange des Paradieses der Heimlichkeit aufgestellt hatte. So hatten denn die Erschienenen das Vergnügen, fast eine volle Stunde in der angenehmen Temperatur eines regnerischen Dezembermorgens, in eifriger Diskussion ihre Wünsche, Befürchtungen und Hoffnungen gegenseitig auszutauschen. Und als endlich nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit das Publikum die Tribüne betreten durfte in der sicheren Hoffnung, daß wenigstens das Resultat der Wahl öffentlich verkündet werde, da wurde auch diese Hoffnung getäuscht und die Zeichendeuter und Konjekturalpolitiker auf der Tribüne mußten sich damit begnügen, aus den Mienen und Gesten der in zwangslosen Gruppen umherstehenden und eifrige Zwiesprache pflegenden Herren Repräsentanten das Wahlresultat herauslesen zu wollen.

Erst später, als man bereits in die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung eingetreten war, wurde auf der Tribüne das Ergebnis der Wahl bekannt. Dieses Ergebnis ist fast genau so ausgefallen, wie wir es bereits unseren Lesern vorauszusagen in der Lage waren; zu Vorstehern wurden die Herren Jakobi, Dr. Fuchs und Martin Simon mit 14, 13 und 12 Stimmen, zu Stellvertretern die Herren Dr. Boas, Lilienthal und Goldschmidt mit 20, 14 und 12 Stimmen gewählt. Einen Kommentar zu diesem Ergebnisse finden die Leser an anderer Stelle.

Die öffentliche Sitzung hatte nur zwei Gegenstände der Beratung und dauerte demzufolge nicht sehr lange. Herr Leichtentritt erstattete das Referat über den gegenwärtigen Stand der Gemeinde-Hauptkasse. Der Bericht giebt mit seinen Zahlen und Daten ein interessantes Bild unserer Gemeindeverhältnisse, zu bedauern ist nur, daß wir bei der bekannten schlechten Akustik des Sitzungssaales und dem schnellen und undeutlichen Vortrag des Referenten diesem nicht immer folgen konnten. Demzufolge besitzt die Gemeinde ein Vermögen in Grundstücken von 5 368 443 Mk., an sonstigem Vermögen 2 247 436 Mk. Auch im verflossenen Rechnungsjahr war ein Ueberschuß von 108 136 Mk. zu verzeichnen, mit den Ueberschüssen vergangener Jahre zusammen beträgt derselbe 607 273 Mk. Fast alle Ressorts der Verwaltung haben Minderausgaben bezw. Mehreinnahmen gehabt. An Zinsen betrug diese Mehreinnahme 24 374 Mk., an Grundstücken 6451 Mk., an Gemeindesteuern 20 428 Mk. auf 607 273 Mk. im Voranschlag. Die Zahl der Zensiten ist von 16 235 auf 17 261 gestiegen, der Amortisationsfonds beträgt zur Zeit 213 234 Mk. Für die Knabenschule wurden ausgegeben 58 683 Mk., für die Mädchenschule 66 445 Mk., für die erste Religionsschule 7100 Mk., für die zweite Religionsschule 3400 Mk., für die vierte Religionsschule 2400 Mk., für den Religionsunterricht an den höheren Lehranstalten 1800 Mk., für die Talmud-Thora-Stiftung 7400 Mk., für die Präparandenklasse 5000 Mk., an Subventionen 25 000 Mk. Auch ist jetzt ein Pensionsfonds vorhanden, der vorläufig 65 840 Mk. beträgt.

Die Versammlung beschäftigte sich sodann wieder mit dem Statut der Armenkommission. Heute stand die Frage, ob Zentralisation oder Dezentralisation zur Entscheidung. Die Kommission hat einen bescheidenen Anfang mit der Dezentralisation gemacht, sie will versuchsweise zwei Unterkommissionen schaffen. Herr Louis Sachs, der beredteste und wohl auch sachkundigste Verfechter der Dezentralisation, trat mit voller Entschiedenheit und warmer Begeisterung für die Dezentralisation ein. Redner, der speziell als Berliner Stadtverordneter, wo ebenfalls, und nicht nur auf dem Gebiete der Armenpflege, jene Frage zur Zeit im Vordergrund des Interesses steht, eine reiche Erfahrung gerade auf dem Gebiete des Armenwesens sich gesammelt hat, verlangt 6 solche Unterkommissionen, unter der Aufsicht der Armenkommission natürlich, aber mit einer gewissen Selbständigkeit. Mit Recht hebt der Redner hervor, daß eine einzige Kommission, und möge sie noch so viel Mitglieder haben, nur schematisch und unter großen Schwierigkeiten arbeiten könne. Bei dem stetigen Anwachsen der Bevölkerung und der sich häufenden Arbeitslast könne die erforderliche Recherche, die notwendige Kontrolle, die Individualisierung des einzelnen Falles nur ganz unvollkommen sein. Die jetzige Armenpflege der jüdischen Gemeinde stehe nicht viel höher als die von der Kommune geübte, sie

*) Wir stellen diese wichtige Frage zur Diskussion und wollen unsererseits bemerken, daß wir allezeit für jüdische Volksschulen, wo sie irgend lebensfähig erhalten oder gemacht werden können, eintreten werden. Ohne die Bedeutung dieser Schulen zu überschätzen, erblicken wir in ihnen die Gewähr für einen guten und regelmäßigen Religionsunterricht. Vorausgesetzt freilich, daß der Volksschullehrer zugleich ein guter und unterrichteter Religionslehrer ist. Doch damit haben wir unversehens den in dem letzten Absatz angeregten Gedanken berührt, den wir nicht hier unter dem Strich kurz abthun möchten, weil wir ihm über dem Strich einen größeren Raum zu widmen gedenken. Red.

müsse aber erhoben werden zu einer Armenpflege des Herzens, zu einer wirklich jüdischen Armenpflege. Dazu sei eine gesunde Dezentralisierung nötig, kleinere Kommissionen, aus Bewohnern der betreffenden Stadtteile zusammengesetzt, die besser die eingegangenen Bitten und die Personen der Bittsteller zu prüfen und zu beurteilen imstande seien. An diese trefflichen Ausführungen schloß sich ein allgemeines Bravo, was sonst in diesen Räumen nicht allzuhäufig der Fall zu sein pflegt. Herr J. E. Isaak als Vertreter des Vorstandes und Vorsitzender der Armenkommission war in seiner Entgegnung recht schal und matt. Er meinte, es ließe sich im Falle einer Dezentralisation nicht über die Geldmittel verfügen, auch würde es schwierig sein, für die so gebildete Unterkommission die Mitglieder zu bekommen. Herr Martin Simon erklärte sich im Prinzip für die Sache, in der Entscheidung für den Vorstand. Herr Löwenberg, der in der Armenkommission in Ehren alt und grau geworden ist, vermochte sich begreiflicherweise für solche Neuerungen nicht zu begeistern. Interessant und lehrreich war seine Klage über die oft so spärliche Beteiligung der Mitglieder an den Sitzungen der Kommission. Warum dem so ist, das wäre leicht zu beantworten. Solche Uebelstände werden hervorgerufen durch die in unserer Gemeinde zur Unsitte, zu einem Privilegium Weniger ausgeartete Usance, alle Gemeindeämter nur an die Mitglieder der ohnehin schon mit Geschäften, Aemtern und Würden überbürdeten Geldaristokratie des Westens zu übertragen.

Das sprach auch in seinem sehr kräftig gehaltenen Schlußwort Herr Louis Sachs mit markigen Worten aus. Man könne zwanzig Leute an einem Finger haben, meinte er, wenn man nur an Stelle der Herren aus dem Tiergartenviertel Leute aus den betreffenden Stadtgegenden setzen würde, Männer aus dem Mittelstande, Lehrer und kleine Beamte, die sicherlich in ihrem Revier besser Bescheid wüßten als die Herren aus dem fernen Westen. Und hierzu rufen *wir*: „Bravo!" —

Eine Entscheidung erfolgte am Sonntag noch nicht. Die Sache wurde einer neuen Kommission überwiesen, in welche aus der Versammlung hineingewählt wurden die Herren Dr. Apolant, Louis Sachs, DDr. Tiktin und Weigert. Damit war die Tagesordnung der öffentlichen Sitzung, vermutlich der letzten der Repräsentanten im alten bürgerlichen Jahre unter dem alten jüdischen Gemeindevorstande erledigt. Was wird das neue Jahr, was der neue Vorstand uns bringen?

Wo bleibt der Glaube?

Der „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" hat am Montag Abend im Prunksaale der „Gesellschaft der Freunde" seine diesjährige Generalversammlung abgehalten. Die Ausbreitung, die der Verein im Reiche gefunden, und der Verlauf, den die Versammlung genommen, geben uns Veranlassung, das Referat über die Verhandlungen des Abends in das Gewand eines selbständigen Artikels zu kleiden.

Die Verhandlungen begannen mit einer Vorlesung des Herrn Gustav Levinstein aus Groß-Lichterfelde über den „Glauben Israels". In warmen Worten legte der Redner dar, daß und warum wir Juden bleiben wollen, daß und warum wir eine andere Religion nicht annehmen können. Der hierauf vom Schatzmeister Dr. Ginsberg verlesene Geschäftsbericht besagte, daß dem Vereine 6400 Mitglieder, außerdem 78 Gemeinden korporativ angehören; daß die Einnahmen des Vereins sich auf 32,713, die Ausgaben auf 31,246 Mark belaufen, während das Gesamtvermögen 11,500 Mark beträgt. Wie der Vortrag des Herrn Levinstein, der zeigen sollte, daß der intellektuelle Besitz Israels intakt sei, so wurde auch der Bericht des Herrn Ginsberg, der die materielle Lage des Vereins als wohlgeordnet bezeichnet, von der Versammlung mit Beifall und Befriedigung aufgenommen. In berückendem Blau sahen die Zuhörer sich den Himmel über ihrem Haupte wölben, in rosigem Rot die Zukunft ihres Volkes und die Gegenwart ihres Vereins.

Doch gar bald umdüsterte sich der Horizont, verfinsterte sich das Firmament und entlud orkanartig ein Donnergetöse, daß allen, die es vernommen, die Ohren gellen mußten. Zu dem Punkte Vorstandswahlen erbat und erhielt Apotheker Löwenstein das Wort. Ohne unser Gesinnungsgenosse zu sein, beantragte er im Sinne eines hier ausgesprochenen Wunsches, der Verein möge doch auch der zweiten Hälfte seines langen Namens Rechnung tragen und in den vielgliedrigen Vorstand wenigstens *einen* Mann wählen, der sich treu zum jüdischen Glauben bekenne, der sein Bekenntnis auch zu motivieren verstehe, der nicht blos „auch", sondern *vornehmlich* Jude sei. Und als solchen Mann bezeichnete Herr Löwenstein unseren verehrten Mitarbeiter, den Schriftsteller M. A. Klausner. Daß die Mehrzahl der Anwesenden, die Herrn Klausner als gefürchteten Opponenten kannten, diese Nominierung mit lautem Widerspruch aufnahmen, ist begreiflich; wir Juden zeichnen uns durch die Tugend der Dankbarkeit aus, wir halten treu zu denen, die uns versichern, daß sie zu uns halten, wir wollen nicht schwach sehen, die wir stark wissen möchten. Unbegreiflich, weil ungehörig aber ist die Thatsache, daß an der durch jene Nominierung hervorgerufenen Debatte sich zwei Vorstandsmitglieder, die beiden Vorsitzenden, DDr. Fuchs und Horwitz, — von *denen Letztgenannter zur Wahl stand!* — sich beteiligt, die Kandidatur Klausner mit aller Schärfe bekämpft und, um Stimmung zu machen, Thatsachen — sagen wir — korrigiert haben. Es ist ein schwerer Vorwurf, den wir soeben ausgesprochen, wir wissen es; wir wollen ihn darum durch Belege erhärten:

Weil Apotheker Löwenstein den wiederholten Mißerfolg in Sachen des berüchtigten Fleischbesudelungs-Prozesses zur Sprache gebracht hatte, suchte Rechtsanwalt Fuchs diesen Mißerfolg als einen großen *Erfolg*, den größten, den der Verein erzielt habe, hinzustellen. Und dieweil die Zuhörer darob die Köpfe schüttelten, mußte der Redner sich näher erklären. Er erzählte, daß in der am 21. November vor der Berufungsinstanz stattgehabten Verhandlung gegen den Besudler des Judentums und seiner Bekenner, Karl Sedlatzek, durch Gerichtserkenntnis festgestellt wurden, die Behauptung von einer — wenn die Bildung eines neuen Wortes gestattet ist — Ritualbesudelung sei unsinnig, sei eine Fabel. Ja, der vorsitzende Richter habe mit Entschiedenheit die Annahme, daß Judentum gebiete oder gestatte die Besudelung des an Nichtjuden verkauften Fleisches, weit von sich ge-

wiesen. Es wäre korrekt, wenn das geschehen wäre, es ist aber unwahr, daß das geschehen ist. Nach einem ausführlichen Berichte in dem amtlichen Organe des „Zentralvereins“ hat das Erkenntnis kein Wort enthalten, von dem, was Herr Fuchs da hineingelesen und was wir darin schmerzlich vermissen. — Rechtsanwalt Horwitz sekundierte in gleicher Tonart, in der nämlichen Weise. Er will glauben machen, daß Herr Klausner aus Aerger über eine angebliche Ablehnung eines von ihm angebotenen Artikels für das Organ des „Zentralvereins“ den Vorstand desselben angreife. In Wahrheit hat Herr K. aus Höflichkeit eine notwendige Berichtigung in Form eines Artikels angeboten und erst nach der Ablehnung dieses höflichen Anerbietens eine preßgesetzliche Berichtigung erzwingen müssen. Herr Horwitz sagte, daß Herr K. mit seiner Namensunterschrift dem Vorstande „Unfähigkeit und Unverstand“ vorgeworfen, auch verächtlich sie „Bagatellanwälte“ genannt habe. Das ist nicht wahr. Nicht „Unfähigkeit und Unverstand, sondern „Mißverständnis und Unverstand“ hat es in jenem Artikel geheißen (Nr. 30 pag. 504a) und der Ausdruck „Bagatellanwälte“ ist in unsrem Blatte weder von Herrn K. noch vom Schreiber dieses gebraucht worden. Herr H. hat Herrn K. die Verfasserschaft von Artikeln zugeschoben, die dieser nicht geschrieben, die (Nr. 14 pag. 248) mit den nämlichen Initialen, die diese Zeilen als Unterschrift tragen, gezeichnet waren, und ist trotz allen Widerspruchs horrenderweise bei seiner Behauptung geblieben. Fassen wir die Ergebnisse der vorstehenden Monita und mancher Vorgänge in der Generalversammlung eines Vereins zusammen, der sich rühmt 25 000 deutsche Juden zu vertreten, und der hofft, zum Vertreter der Gesamtjudenheit Deutschlands erkoren zu werden, so ergiebt sich folgendes Genrebildchen:

Herr Horwitz führt den Vorsitz und nimmt an der Debatte teil — das ist ordnungswidrig; er thut es sogar, während seine eigene Wahl zur Verhandlung steht — das ist taktwidrig; er polemisiert als Beteiligter gegen einen Vorgeschlagenen und läßt die Abstimmung vornehmen, ehe noch der von ihm und Herrn Fuchs Angegriffene geantwortet hat — das ist der Gipfel der Ungehörigkeit. —

Doch nein, der Gipfel der Ungehörigkeit ist erst am Schlusse erreicht worden. Der erste Redner des Abends, Herr Levinstein, hatte mit einer Apologie des Judentums den Abend eingeleitet, ein Kandidat der evangelischen Theologie hat mit einer Verherrlichung des Christentums den Abend beschlossen. Nach dem Rededuell zwischen den Herren Fuchs und Horwitz einerseits und Herrn Klausner andererseits, und nachdem Herr Horwitz mit sichtlicher Befriedigung konstatiert hatte, daß er nebst seinen ausscheidenden Kollegen wiedergewählt sei, erhielt der als Gast anwesende bekannte Professor der evangelischen Theologie Dr. Ad. Strack das Wort, um den von Herrn Levinstein angestimmten Jubeltönen einen Dämpfer aufzusetzen. Die nämliche Versammlung, die dem Apologeten des Judentums Beifall gezollt, spendete auch dem Verherrlicher des Christentums rauschenden Applaus. Und selbst die Rede eines jugendlichen Kandidaten der evangelischen Theologie, der mit der Forderung, die Juden sollten sich dem Christentume nähern und der Weihnachtsbotschaft: „Ehre sei Gott in der Höhe und Frieden auf Erden“ geschlossen hat, wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Und der Vorsitzende des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens ward von der Weihnachtsbotschaft so ergriffen, daß er sie zum Texte seines Schlußwortes gemacht hat. . . . Wir fragen: Wo bleibt der Glaube? — —

In den wenigen Gedichten, die Wilhelm Hauff überlebt haben, zeichnet sich eines durch Schärfe der Satire ganz besonders aus. Es ist „Jesuitenbeichte“ betitelt und enthält u. a. folgende Zwiesprache zwischen Beichtkind und Beichtvater:

Das Sacrileg, ich will's gestehen, nannte
Ich ein Gesetz für Sklaven nur gemacht;
Der Menschheit Schmach und des Jahrhunderts Schande
Und P . . . , ihn, der es ausgedacht,
Schalt ich den Mörder aller freien Seelen.
„Mein Sohn, das war ein derber Schimpf. Allein
Du irrtest menschlich, irren heißt nicht fehlen;
Du sollst entschuldigt und versöhnet sein.“

Und als ich diese arme Welt bedachte,
Und sah wie alles schief und irrig geht,
Wie man die Tugend und das Recht verlachte,
Und wie jetzt Trug und Laster oben steht.
Da hielt ich Gott für einen leeren Namen.
„Mein Sohn, du hast dich schwer verfehlt. Allein
Gott ist barmherzig gegen Sünder, Amen;
Du sollst entschuldigt und versöhnet sein.“

Ich liebte Eintracht in Palast und Hütten,
Doch als ich schleichend wiederkehren sah
Die Zwietracht an der Hand der Jesuiten,
Da schwor ich ew'gen Haß Loyola
Und ew'gen Haß und Rache seinen Söhnen!
„Mein Sohn, ich bin die Langmut selbst: Allein
Das heißt fürwahr das Heiligste verhöhnen;
Vor uns und Gott kannst du nicht schuldlos sein!“

Was wir mit dem Abdruck dieses Gedichtes sagen wollen — der Verständige wird uns verstehen. Du aber, verklärter Geist des weisen Beichtvaters, steige zu uns hernieder, auf daß wir dich zum Vorsitzenden wählen des Zentralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens! A. L.

Gemeindebilder.

Das Judentum am Nordseestrande.

In Ihrer geschätzten Zeitschrift wird seit einiger Zeit in anregender Weise die Frage erörtert, ob das Judentum im Sinken oder Steigen begriffen ist. Die Frage des Steigens und Sinkens berührt uns am Meeresstrande, wo Ebbe und Flut täglich abwechseln, noch mehr als die Juden anderswo, und darum werden Ihren Lesern auch heute einige Mitteilungen aus unserer entlegenen Gegend nicht unwillkommen sein, zum mindesten wissen sie dann, daß die Worte Jer. I, 14: מצפון תפתח הרעה („vom Norden kommt das Unheil“) auf unsere heutigen Verhältnisse keine Anwendung mehr finden können. —

In der Mitte das Herzogtum Oldenburg, zur Rechten die freie Reichsstadt Bremen und zur Linken Ostfriesland, haben diese drei Landesteile trotz der Verschiedenheit des

Judentums und der Juden in denselben doch ein gemeinschaftliches Merkmal aufzuweisen. Alle drei Landesteile wollten keinen orthodoxen Rabbiner, und, ohne ihrem Schicksal entgehen zu können, haben alle drei — durch ihre eigene Wahl — orthodoxe Rabbiner bekommen. — Betrachten wir zunächst Oldenburg, das mit seinem Nachbarlande Westfalen in religiöser Beziehung viel Aehnlichkeit hat. Nur der eine erfreuliche Zug läßt sich nicht verkennen, daß, wenn irgendwo in Deutschland von einem zusehenden Steigen des religiösen Interesses die Rede sein kann, dies bei den Juden im Herzogtum Oldenburg in erster Linie der Fall ist. Als vor nunmehr fünf Jahren die sensationelle Nachricht durch die jüdischen Zeitungen ging, Oldenburg habe einen orthodoxen Landrabbiner gewählt, und die Gemeinde Oldenburg habe die bei der Probepredigt vorgelegte Bedingung erfüllt und ihre Orgel geopfert, da stand man vor einem physiologischen Rätsel. Woher kam dieses rätselhafte Entgegenkommen? Ich will von dem wahrhaft zündenden Rednertalent des Herrn Dr. Mannheimer ganz absehen — denn man hätte jedenfalls auch, ohne Opferung der Orgel, unter den Reformrabbinern einen guten Redner haben können, — aber man kam durch den Inhalt der Predigt zur Ueberzeugung, daß es so, wie seither, nicht weiter gehen könne, wenn nicht das ganze Oldenburger Judentum zusammenfallen solle. Die Jahrzehnte lang gepflegte Reform hatte alles in Schutt verwandelt, auf allen Gebieten machte sich ein erschreckender Indifferentismus bemerkbar, und Oldenburg hatte nur den einzigen Vorzug, daß selbst der freieste Reformrabbiner hier nichts mehr verderben konnte, also entweder — oder! Man griff zu dem „oder" und wählte den orthodoxen Dr. Mannheimer. Und dieser Griff hat, wie auch bei der letzten Lehrerkonferenz in Oldenburg von einem Mitglied des dortigen Synagogengemeinderates in verständnisvoller Weise hervorgehoben wurde, gute Früchte gezeitigt. Unter welch schwierigen Verhältnissen Herr Dr. Mannheimer sein Amt antrat, läßt sich kaum beschreiben, hat man doch am Wahltage die Wahl des orthodoxen Rabbiners durch ein trefenes Essen gefeiert und ihm dabei ein Huldigungstelegramm geschickt. —

Aber zwei wichtige Momente erleichtern hier wiederum das Wirken des Landrabbiners. Erstens räumt das Gesetz ihm eine Macht und Selbständigkeit ein, wie sie wohl nirgends in Deutschland in gleichem Maße zu finden ist, zweitens ist es eine völlige Unabhängigkeit von Vorstehern und Gemeinden, die ihm ein freies Handeln ermöglicht. Die feine Diplomatie aber, die sich durch das gesamte Wirken des Herrn Dr. Mannheimer hindurchzieht, besteht darin, sich mit dem Bewußtsein seiner Macht zu begnügen und nur in den seltensten Fällen davon Gebrauch zu machen. Im Gotteshause, auf der Kanzel, in der Schule, sowie in der Schechitah hat er stets fest durchzugreifen verstanden, im übrigen aber hat er sich um Privatfamilien nie bekümmert, sondern jeden nach seiner Façon selig werden lassen. Besonders hat er durch sein außerordentlich klares und geradezu hinreißendes Rednertalent vielfach überzeugend gewirkt; hat doch ein hochintelligentes Mitglied der Gemeinde Oldenburg, das früher vielleicht einmal am Jom-Kippur dem Gotteshause einen Besuch abstattete, in seinem 40. Lebensjahre sich zum orthodoxen Judentum bekehrt und Hebräisch lesen gelernt und ist einer der eifrigsten Besucher des Gotteshauses geworden. Doch dies nur nebenbei. Vielleicht wäre dem Rabbiner von Oldenburg eine größere Fühlung mit den einzelnen Familien der Gemeinde zu empfehlen, während Herr Dr. Mannheimer sich privatim von seiner Gemeinde ganz fernhält. —

Das Wichtigste aber, und jedenfalls zur Nachahmung in vielen andern jüdischen Gemeinden Empfehlenswerteste, sind unsere Schulverhältnisse, die durch Dr. Mannheimer geschaffen wurden. Das neue Schulgesetz, das jedes Kind zwingt, die Religionsschule zu besuchen und bei unentschuldigtem Fehlen den Eltern auf dem Verwaltungswege eine Geldstrafe auferlegt, hat ihm zwar anfangs Feinde geschaffen, aber heute sieht man allgemein ein, daß die geordneten Verhältnisse doch ein Segen sind, und man kann es getrost sagen, aus unseren Schulen blüht ein neues „altes Judentum" empor. Außerdem ist die Stellung der Lehrer hierzulande eine angenehme. Der Lehrer ist kein Spielball in der Hand der Vorsteher, er untersteht dem Landrabbiner als dem staatlich eingesetzten Schulinspektor; und dieser betrachtet die Lehrer nicht als Untergebene, sondern als eifrige Mitarbeiter im Gotteshause und an dem hehren Werke der Jugenderziehung. Und so hat sich denn bei uns im Laufe der Jahre das schöne Verhältnis herausgebildet, daß die Lehrer in dem Landrabbiner nicht blos ihren Vorgesetzten achten, sondern gleichzeitig in ihm ihren treuen Freund und Berater verehren. Eine wichtige Institution ist ferner die Selbstverwaltung durch eine staatlich anerkannte jüdische Behörde, den Landesgemeinde-Rat, dessen ständiger Vorsitzender der Landrabbiner ist, und dessen Mitglieder aus den ersten Vorstehern jeder Gemeinde bestehen. Doch ist dieser Landesgemeinde-Rat nicht mit dem in Süddeutschland waltenden Oberrat zu vergleichen. In Kultus- und Schulangelegenheiten hat der Landrabbiner allein zu entscheiden, nur die übrigen Gemeindeangelegenheiten werden vom Landesgemeinde-Rat erledigt, der als letzte Instanz sein Votum abgiebt; eine Berufung an die Regierung giebt es nicht. So haben wir eine gut organisierte Selbstverwaltung, deren Gesetze allerdings der Bestätigung des Ministeriums bedürfen, die nur in den seltensten Fällen versagt wird. — In den meisten Gemeinden des Landes kann man noch einen gewissen Grad idealer Regungen und religiöser Bestrebungen beobachten, zuweilen sogar in hohem Maße. Der Landrabbiner hält bei jedem Feiertagsgottesdienste in der Synagoge zu Oldenburg eine Predigt, an jedem Sabbat eine Schrifterklärung, damit jeder weiß, was im Gottesdienste vorgeht, und damit ist man allgemein zufrieden. Die Weihnachtsbäume sind durch den Schulunterricht fast durchweg abgeschafft, der Chanukaleuchter hat in vielen Familien seinen Einzug gehalten, und so geht von den Kindern die Neubelebung aus, die sich hoffentlich auch für die Dauer erhalten wird. —

Bedeutend günstiger liegen die religiösen Verhältnisse in Bremen, doch ist die Organisation eine freiwillige. Nur ein Teil der vielen in Bremen wohnenden Juden gehört zur Gemeinde, und dieser Teil bringt große Opfer, um so größere, als alle armen Auswanderer, die mittellos dastehen, bei der dortigen Gemeinde Zuflucht suchen. Daß in Bremen seit

Jahren das Judentum sich verhältnismäßig gut erhalten hat, ist dem gerechten und objektiv wirkenden Vorsteher G. Bloch zu danken, nicht minder dem rührigen, nur für jüdische Interessen sich hingebenden E. Abraham und deren Kollegen. Sie arbeiten in Frieden und mit Toleranz gegen die alten Institutionen zusammen und haben seit einem Jahre den thatkräftigen Rabbiner Dr. Rosenack an ihre Spitze berufen. Er spricht gut und gedankenvoll, und rasch hat er sich die Liebe der „Neuen" und „Alten" errungen durch sein unermüdliches Eintreten für die Bedrückten. Nur einen Fehler hat die dortige freie Organisation. Ueber den Kopf des Rabbiners hinweg hält ein jeder von auswärts dort Trauungen, ob ein Lehrer, der eben erst das Seminar verlassen, ob ein Schochet, der kaum eine Idee von dieser heiligen Handlung hat — alles traut, und niemand hat das Recht, es zu verbieten. Momentan sollen Verhandlungen schweben, diesen Zuständen zu steuern.

So haben wir in Kürze die religiösen Verhältnisse in Oldenburg und Bremen geschildert. Es erübrigt uns noch, auch dem Landrabbinatsbezirk Emden unsere Aufmerksamkeit zuzuwenden, was wir indessen für ein anderes Mal vorbehalten wollen. D. B. in B.

Noch einmal die polnischen Juden.

(Von einem deutschen Juden.)

I.

Zu Nr. 49 d. Bl. bricht Herr Dr. Bernfeld eine Lanze für die vielgeschmähten und verspotteten „polnischen Juden" und meint u. a.: „Es ist nämlich in keinem Falle in Abrede zu stellen, daß die norddeutschen Juden*) ihren süddeutschen Glaubens- und Stammesgenossen geistig bei weitem überlegen sind. Diese Kulturfähigkeit haben aber die deutschen Juden in erster Reihe dem polnischen Elemente zu verdanken, welche die Kulturentwickelung der norddeutschen Juden seit der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts stark gefördert und beeinflußt haben." Daß dieser polnische Einfluß auch wirklich stattgefunden hat, sucht dann Herr B. an Thatsachen weitläufig zu beweisen. Ich glaube, es bedurfte hierzu garnicht des großen Apparats, man kann es viel billiger haben, man braucht sich nur ein bischen in der politischen Geschichte der ostelbischen Provinzen zu orientieren, um klipp und klar zu wissen, daß mindestens 80 Prozent der norddeutschen Juden — nicht etwa von polnischen Glaubensgenossen blos beeinflußt, sondern überhaupt — polnischer Herkunft sind. Das klingt seltsam, besonders für die schwachen Nerven manches Deutschen jüdischer Konfession etwas unangenehm: es ist aber doch so.

Zunächst dies anstatt des Beweises:

Neulich sah ich, wie sich mehrere solcher enrangierte Nationaldeutsche jüdischer Konfession lieblos über ihre slavischen (so lautet jetzt der moderne Ausdruck) Glaubensbrüder lustig machten und ihnen alle möglichen Fehler und Vergehen andichteten. Das that mir schon aus allgemeiner Menschenfreundlichkeit leid. Ich wandte mich an den einen und fragte ihn etwas indiskret: „Sagen Sie mal, lieber Freund, sind Sie Berliner?" „Ei bewahre," war die Antwort, „meine Wiege stand in Kurnik!" „Und die anderen Herren, wenn ich fragen darf?" fragte ich weiter. „Herr N. ist aus Kobylin, Herr U. aus Krojanke und Herr Y. aus Putzig." „Ah," sagte ich darauf, „das schickt sich ja sehr schön. Kobylin, Kurnik, Krojanke und Putzig, wundervolle Alliteration! Wissen Sie vielleicht auch, wo Ihre berühmten Geburtsstätten liegen? In den Provinzen „Westpreußen und Posen", und wissen Sie, was diese Lande bis zu den letzten Dezennien des vorigen Jahrhunderts waren? Großpolen! Und wissen Sie auch, daß es 1815 ganz der Großherzigkeit und der Friedensliebe des russischen Kaisers Alexander I. zuzuschreiben, wenn Zduny preußisch und Zdunskapolla russisch geworden ist. Gemach also, lieben Freunde, nur keine Ueberhebung! Wenn Sie wollen, danken Sie dem Schöpfer, in dessen Hand das Herz der Fürsten ist, daß Sie unter die erleuchtete Herrschaft Preußens gekommen sind, die Ihnen die Entwickelung und Bethätigung Ihrer Kraft gestattet, und bedauern Sie jene, Ihre russischen Brüder, die unter Bedrückung und Ausschließung verkümmern; sie aber schmähen und verspotten ist undankbar und pietätslos zugleich, denn auch Ihre Großeltern waren polnische Juden!"

Westpreußen und Posen waren also ursprünglich großpolnisch und wurden erst gegen Ende des vorigen Jahrhunderts (Westpreußen 1772 und Posen 1792) der preußischen Krone einverleibt. Dieser Anschluß an Preußen erwies sich für die dortige außerordentlich zahlreiche jüdische Bevölkerung, die, wie im übrigen Polen, selbst auf den kleinsten Plätzen starke Gemeinden hatte, materiell von den günstigsten Folgen. Waren sie bis dahin als polnische Juden mangels anderer Ansiedlungsgebiete — in den benachbarten preußischen Provinzen war ihnen als ausländische Juden weder sich niederzulassen, noch dort Handel zu treiben gestattet — gezwungen, in dichten Massen bei den dürftigsten Lebensbedingungen zusammen zu wohnen, so durften sie sich nun, nachdem sie mit den andern preußischen Juden März 1812*) Bürgerrechte und damit Freizügigkeit erhielten, im preußischen Staate nach allen Richtungen hin ausdehnen. Und davon machten sie in der ausgiebigsten Weise Gebrauch. In großen Scharen verließen viele ihre Heimat, um ihr Glück in den angrenzenden altpreußischen Provinzen zu suchen, ließen sich in größeren und kleineren Plätzen nieder und wurden, da sie in den meisten Fällen weder Gemeinden noch einzelne Glaubensgenossen vorfanden, die Schöpfer und Begründer fast aller dortigen kleineren jüdischen Gemeinden. Bei weitem die meisten derselben sind zwischen 1815—1830 entstanden, und es läßt sich in vielen Fällen auch heute noch ganz genau nachweisen, aus welcher westpreußischen oder posener Stadt die Begründer der einen oder anderen Gemeinde entstammten. Es darf darum bestimmt behauptet werden, daß die weit überwiegende Mehrzahl aller jüdischen Einwohner Ostpreußens, Pommerns, Brandenburgs, Mittel- und Niederschlesiens westpreußischer oder posnischer — also ursprünglich polnischer Herkunft ist.

Aber auch diejenigen wenigen Gemeinden dieser Provinzen, die schon weit vor der Einwanderung westpreußischer und posnischer Glaubensgenossen bestanden, wie z. B. mehrere Ge-

*) Gemeint sind wohl die Juden östlich von der Elbe.

*) In Provinz Posen wurden die Juden erst später naturalisiert.

meinden in Oberschlesien, dann Gr. Glogau, Königsberg i. Pr., Frankfurt a. O., Schlawe, Arnswalde ꝛc., lagen zu nahe an Polen und waren zu sehr nach dem polnischen Zuschnitt eingerichtet, als daß sie sich dessen Einfluß hätten entziehen können, ja wir wären vielleicht zur Annahme berechtigt, daß auch mehrere dieser Gemeinden ursprünglich von polnischen Juden gegründet wurden. Wie käme sonst z. B. Königsberg i. Pr. zum Minhag Litthauen? (Schluß folgt)

Der Jüdisch-Amerikanische Frauenkongreß.

St. New York, im Dezember.

Es war eine eigentümliche Versammlung, dieser Konvent jüdisch-amerikanischer Frauen, welcher eine ganze Woche lang hier tagte und eine ganze Reihe vortrefflicher Reden zu Tage förderte, ohne daß man sagen kann, daß etwas Greifbares erreicht worden wäre. Wenn auch diese Frauen nicht eigentlich dem Genus „New Woman" beigezählt werden können — sie trugen keine Bloomers, auch nicht die Eigentümlichkeiten der „neuen Frau" zur Schau, — bildeten sie doch eine Erscheinung, die dem fin de siècle, besonders aber der amerikanischen Frau eigen ist. Zum ersten Male in der langen Geschichte Israels sehen wir die Frauen zusammentreten, mit einer selbstgestellten Aufgabe Anspruch auf einen besonderen Wirkungskreis erheben und dem modernen Rabbinertum vielleicht ein wenig Konkurrenz machen. Sie führten auch ihre Verhandlungen nach echt parlamentarischer Weise, verstanden es, Ordnung und Ruhe aufrecht zu erhalten und ihren Ideen eine gewisse Geltung zu verschaffen.

Auch bei der Beamtenwahl konnte man ganz gut merken, daß ihre Führer politisch die Drähte zu ziehen verstanden. Es ist das ein nicht mißzuverstehender Beweis, daß sich die Juden vollständig in das moderne amerikanische Leben einzuspinnen verstanden, und wenn auch bis jetzt erst eine weibliche Kanzelrednerin auftrat, so wäre es gar nicht zu verwundern, wenn nach und nach Frauen sich dafür qualifizieren dürften. Die Reden, die da gehalten wurden, waren durchweg gediegen, zeugten von tiefem Studium und ebenso von dem Ernst, der bei diesen Frauen vorwaltet, thatkräftig in das soziale und sozial-religiöse Leben einzugreifen und auf eine Besserung hinzuarbeiten, das ideale Streben zu fördern.

Zu Anfang und am Schluß wurde eine Frage behandelt, die eigentlich die Hauptfrage hätte sein, auf welche das Hauptgewicht hätte gelegt werden müssen, eine Frage, in welcher gerade die Frauen der Hauptfaktor sein könnten: die Sabbatfrage. Daß das eigentliche Judentum in unserem Lande an einer Gleichgiltigkeit krankt, welche seinen Lebensnerv zu unterbinden droht, ist außer aller Frage, und diese Krankheit ist thatsächlich der Mißachtung des Sabbat zuzuschreiben. Nachdem der Broterwerb den männlichen Teil der jüdischen Bekenner zwang, am Samstag dem Erwerb nachzugehen, den Arbeiter, seinen Verpflichtungen nachzukommen, den Kaufmann und namentlich den Detaillisten sein Verkaufsmagazin offen zu halten, hörte der Gewissensschlag auf, der vielleicht am Anfang als strenger Mahner auftrat, und man achtete dann überhaupt nicht mehr auf den Sabbat. Die Frauen hätten freilich dem Sabbat die Weihe zollen können, im Hause hätte man nach wie vor die Sabbatweihe aufrecht erhalten können, und den Kindern wäre die Sabbatidee nicht entschwunden. Aber nein, die Frau wollte auch recht modern sein. Die Sabbatfeier wurde als veraltet in die Rumpelkammer geworfen. Statt der Familienvereinigung am Freitag-Abend, ging man ins Theater, ging auf den Markt am Samstag-Morgen, zur Matinee-Vorstellung am Nachmittag — irgend wohin, nur nicht ins Gotteshaus. Da ist es nicht zu verwundern, daß mit dem Sabbat auch der Religionsgedanke, die religiöse Begeisterung flöten ging, und niemand anders als die jüdische Frau ist schuld daran — hierzulande wie anderswo.

Als die Frage auftauchte, am Sonntag gottesdienstliche Vorträge zu halten, um den am Samstag zur Arbeit gezwungenen Juden Gelegenheit zu geben, der Erbauung zu pflegen, da bäumte sich das jüdische Sabbatgefühl dagegen auf, und man zog es vor, lieber gar keinem Gottesdienst beizuwohnen, als diese Konzession der Schwester- oder Tochter-Religion zu machen. Frau Rebecca Kohut in ihrer Eröffnungsrede traf den Nagel auf den Kopf, als sie sagte: „Sabbat! das ist das Wort, welches wir als Mütter in Israel mutig aussprechen müssen! Unsere Pflicht ist es, die Erlöser Israels zu werden! Unser sei die Pflicht, den Mut zu wecken und die Hoffnung in den Führern Israels, die es seiner Bestimmung entgegenführen! Sie haben unsere Sympathie nötig, unsere Hilfe. Sogar in das verheißene Land ging der Befehl voran: Nehmet die Frauen und Kinder mit, und von Sinais Gebirgshöhen ertönte der Ruf des Herrn in Donnerstimme: Gedenke des Sabbats, und da stimmten auch die Frauen mit ihrer Antwort ein: „Wir wollen thun und horchen! Lasset uns nicht blos horchen, sondern thun!" Ja, wenn die Frauen für die Wiedereroberung des Sabbats ihre ganze Kraft einsetzen wollten, wenn sie dem jüdischen Heim die alte Weihe wieder zu verleihen suchten, mit der Frau als Priesterin des Hausaltars, dann würden sie auch Erfolg haben und gleich den alten Prophetinnen den religiösen Geist des Judentums wieder neu beleben.

Der Anfang ist gemacht, und das Ziel ist, die jüdische Frauenwelt aus ihrer Lethargie aufzurütteln. Dann wird die Bewegung als eine Epoche im amerikanischen Judentum bezeichnet werden dürfen!

Wochen-Chronik.

— **Ein neues jüdisches Lehrerseminar?** Verschiedene Tageszeitungen bringen folgenden gleichlautenden Bericht: „Eine Massenpetition um Einführung des obligatorischen Religionsunterrichts für jüdische Schüler haben sechshundert Gemeinden an das Kultusministerium abgesandt. Die Berliner Gemeinde hat sich diesem Vorgehen nicht angeschlossen, da die Mehrheit des hiesigen Repräsentanten-Kollegiums den fakultativen Religionsunterricht beibehalten (?) wissen will. Der Kultusminister ist dem Religionsunterrichtzwang im Sinne der Petenten nicht abgeneigt, hat jedoch Bedenken geltend ge-

macht, da es an einer genügenden Anzahl staatlich vorgebildeter, hierzu qualifizierter Lehrkräfte mangelt. Um diesen berechtigten Einwand zu begegnen, sind in den jüdischen Kreisen Geldsammlungen eingeleitet worden, um die Errichtung eines jüdischen Lehrerseminars zu ermöglichen. Das Seminar, dessen Gründung, wie wir erfahren, bereits gesichert ist, soll in Berlin seinen Sitz haben." — Trotzdem uns von absolut zuverlässiger Seite versichert wird, daß inderthat in einer Gruppensitzung des Zentralvereins d. St. j. Gl. eine auf das neuzugründende Seminar bezügliche Mitteilung seitens des Herrn Kommerzienrat Julius Isaak gemacht worden sei, erscheint uns das Ganze unglaublich. Denn ist es möglich, daß einem jüdischen Wortführer die Existenz von mehr als einem halben Dutzend jüd. Lehrerbildungsanstalten in Deutschland unbekannt sein soll?

— **Konkursstatistik.** In einer der letzten Reichstagssitzungen verlangte der antisemitische Abgeordnete Zimmermann Fortsetzung der Konkursstatistik auch bezüglich der Religion der Konkursmacher. Vielleicht interessiert den verehrten Herrn Abgeordneten einstweilen die Konkursstatistik seines engeren Heimatlandes, des „judenreinen" Königreich Sachsen, damit können wir dienen: Nach dem XIV. Jahrgang (1893) des statistischen Jahrbuches für das deutsche Reich wurden in diesem gesegneten Ländchen im Jahre zuvor 1098 Konkurse eröffnet, das heißt, es kommen auf 100,000 Einwohner 30,4 Konkurse, während das Verhältnis im übrigen, mehr oder minder verjudeten deutschen Vaterlande sich wie folgt stellte: im Königreich Preußen 12,3, in Baiern 14,7 und im ganzen deutschen Reiche 15,3 Konkurse auf 100,000 Einwohner. Das judenreine Sachsen hat also im Verhältnis noch mal so viel Konkurse als das deutsche Reich! Facta loquuntur!

— **Dank vom Hause Antisem.** Theodor Fritsch, einst ein Führer und bis vor wenigen Jahren sogar „Klassiker" der Antisemitenpartei, sinkt in der Achtung seiner Gesinnungsgenossen immer tiefer. Der antisemitische „Moderne Völkergeist" spricht von dem „erbärmlichen Jux" seines „Antis. Katechismus", und der gefallene Antisemitenführer muß sich bittend an „Freideutschland" wenden, um seinen Artikel „Der Zins ist der Jude" gedruckt zu sehen. Das Berliner Blatt nimmt auch am 4. Dez. den Artikel auf, ist aber boshaft genug, hinzuzufügen: „Wer von dem Verfasser eine günstige Meinung hatte, wird sie durch das zum Abdruck Gebrachte weiter bestätigt finden." — Weiter weiß das Blatt nichts von dem Führer der Leipziger Antisemiten zu sagen! Wenn es sich nicht um Fritsch handelte, würden wir hier ein Wort hergesetzt haben: Nebbich.

— **Aus den Fingern „geleckert"** — so lautet jetzt ein terminus technicus — haben sich wieder einmal unsere Gegner eine Schauergeschichte. Die Ehefrau eines Mäntelfabrikanten Sally Cohn soll in Abwesenheit ihres Gatten eine Direktrice engagiert, dieser nach seiner Heimkehr sie ohne Kündigung und ohne Lohn sogleich entlassen haben, weil sie Katholikin war. Das Gewerbegricht soll nun den Herrn Cohn zu einem Schadenersatz von so und soviel Mark verurteilt haben. Man forschte hier bei allen möglichen Männern, die Sally Cohn heißen, nach dem Thatbestand, allein jeder erklärte mit Entschiedenheit von der Sache nichts zu wissen. Man wandte sich schließlich an das Gewerbegericht, und dieses erklärte rund und nett, daß an der ganzen Geschichte kein Wort wahr sei. So wird es gemacht!

— **Und sie bewegt sich doch!** Das Amtsblatt der „Wiener Zeitung" veröffentlicht eine von den Herren Bürgermeister Josef Strobach und Gustav Simon als Präses-Stellvertreter der israelitischen Kultusgemeinde gemeinsam unterzeichnete Kundmachung, worin angezeigt wird, daß wie alljährlich auch heuer aus den Interessen der Freiherrn Anselm v. Rothschildschen Waisenstiftung von 150000 fl. Oe. W. zweiundvierzig Waisenkinder christlicher und einundzwanzig Waisen jüdischer Konfession mit je 100 Gulden beteilt worden sind. — Naive Gemüter haben vermutet, der teutsche Bürgermeister von Wien werde im Namen der arischen Armen das Judengeld ablehnen.

— **Jehuda ha-Levi — bühnenfähig.** Der unvergleichliche Verfasser der unvergleichlichen Zionslieder, Jehuda ha-Levi ist auf die Bühne gebracht worden. Lemberger Zeitungen berichten nämlich, daß im dortigen jüdischen Theater eine fünfaktige „Oper" aufgeführt und beifällig aufgenommen wurde, die „Jehuda ha-Levi" oder „Die Sehnsucht nach Zion" betitelt ist. Der Librettist heißt Auerbach, der Komponist Wolfsthal. Die Künstler bringen auch mehrere Kouplets zum Vortrage, die alle mit dem Refrain enden: „Nach Zion zurück!"

Feuilleton.

Das große Sterben.

Novelle aus dem deutschen Mittelalter von Wilhelm Jensen.
(Fortsetzung.)

Und in diesen Zündstoff wüst durch einander gemengter Vorstellungen und Empfindungen fiel der schwarze Tod.

Er kam mit allen seinen Schrecken, wie die Geschichte sich ihrer nicht entsann. Er entvölkerte Städte und Länder, er riß die Menschheit, aus deren Mitte Gedanken einer neuen Zeit aufzublühen begannen, um Jahrhunderte zurück, lähmte den Aufschwung des Handels, des Gewerbes, ertötete alle feineren Gefühle, alle Triebe, die den Menschen von dem Tier, dem er im barbarischen Zeitalter der Vergangenheit ähnlich gewesen, zu unterscheiden angefangen. Und dies unglaubliche, bittere, unerbittliche Verderben, das seine Hand von der Hütte bis an den Palast, bis an die Krone reckte, verschonte das elende, ausgestoßene Pariavolk in ihrer Mitte, in dessen Brust die Rache wohnen mußte, — oder schien es mit gemilderter Furchtbarkeit zu treffen.

Denn das erschien gleich. Eine Stimme aus der erregten Menge rief: „Die Juden bleiben von der Pest verschont," und vom Ozean bis an die Karpathen gellte die Antwort zurück: „Die Juden haben die Pest erzeugt, um sich an der Christenheit zu rächen, — tötet die Juden!"

Es war die Angst des Gewissens, die in stürmischer Aufwallung das Herz Europas durchbebte.

Und nun waren die Brunnen von Juden vergiftet, die Luft von Juden verpestet. Der Gedanke flog wie unsichtbarer Same über alle Länder, die Pest brachte ihn mit sich, wohin

sie kam. Die Habsucht nach dem Golde der Fremden, die Leidenschaft nach ihren Weibern sprach sie aus, und die Nachsucht des Volkes, rastlos von den Geistlichen geschürt, begann zu toben. Vergebens redeten die Verständigen und suchten die unseligen Opfer der Verleumdung zu schützen. Die mächtigsten Fürsten streckten umsonst ihre schirmende Hand aus; die Bauern auf dem Lande brachen auf und schlossen sich den wachsenden Zügen der Geißler und Brüderschaften an, zogen von Ort zu Ort, die Massen entflammend und anreizend. Sie erbrachen die Thore der Städte, welche sich ihnen nicht öffnen wollten, der unkundige Pöbel hielt Blutgericht und verdammte jeden Beschuldigten, wo er seiner habhaft ward, zum Strange, zum Scheiterhaufen, zum lebendigen Grab. Und wo vor der Gewißheit des letzten furchtbaren Schicksals die rechtlos Verfolgten, von Verzweiflung übermannt, sich zur Wehr setzten, ihre Häuser verrammelten und den Tod, den unvermeidlichen, hinauszuschieben suchten, da warfen die Blinden, ihrer selbst und ihrer Habe nicht achtend, die Brandfackel in die eigene Stadt und jauchzten, wenn das Flammenmeer aufloderte und Tausende in sich verschlang, daß es die Luft von der Pest reinigte, von den Juden, und über die wogende Glut sprach der Bischof den Segen des Christengottes.

Und heimlich durch die Finsternis der Gemüter und durch die Nacht schlich in lauernder Gestalt die Arglist und die Bosheit und die Gier; teuflisch lachend kroch sie in der Dunkelheit, von keinem gesehen, an die Brunnen, an die Häuser und Thüren; sie verbarg sich wenn der Tag und die Menge kam, und sonderbare, geheimnisvolle Flecken zeigten sich an den Stellen, die ihre Hand berührt, und der Pöbel brüllte und stürzte wutschnaubend wider das Ghetto.

— — — — — — — — — — — —

Es dunkelte früh zwischen den hochstöckigen Gebäuden der engen Judengasse, und das Dämmerlicht lag schon über dem Schlafgemach, als der alte Kaleb nach tiefer Ruhe erwachte. Er fühlte sich kräftig und gesund und wollte aufstehen, doch Lea, die an seinem Bette saß, hielt ihn zurück. Mit klarem Verstande hörte er auf ihre Worte. Die Betäubung, schnell wie sie gekommen, war von seinen Sinnen abgefallen, nur das Gedächtnis des letzen Tages schien in ihm ausgelöscht, und die Ereignisse tauchten ihm erst aus der Erzählung seines Weibes wieder undeutlich hervor. Allmählich zerfloß die Angst, die bisher in Leas Gesicht gelegen, bei der eifrigen Mitteilung des Geschehenen; Tamar kam herbei und hörte schweigsam, nur hier und dort ein bedeutungsvolles Wort einschaltend, zu.

Die Alte berichtete haarklein jeden Vorfall, jede Aeußerung des Arztes; als sie von dem Bilde sprach, das sie auf sein Geheiß betrachtet, runzelte Kaleb die Stirn und seufzte auf.

„Hat Thubal es Euch geheißen?“ murmelte er; „es ist gut, daß Ihr es gesehen, aber es ist schlimm, daß er es gethan. Was hat er mehr gesagt, der weise Sohn Abias?“

Tamar nahm das Wort statt der Mutter und wiederholte den Rat, den der Arzt beim Abschied mit ernster Miene erteilt. Der alte Kaleb richtete den Oberkörper auf und blickte ihr geheimnisvoll nickend ins Gesicht.

„Ja er ist gekommen vor fünfundzwanzig Jahren allein aus Mainz, als die schwarzen Blattern waren droben am Rhein,“ sprach er den letzten Satz der Tochter monoton nach. „Er ist gekommen ganz allein —“ die Augen des Alten sahen an den beiden Frauen vorbei in eine weite Ferne hinüber — „ich saß bei der Abendmahlzeit mit Lea, der Tochter Hagars, und war ein junger Mann noch, da ist er hereingekommen ganz allein und hat den Stab aus der Hand gelegt, und sich zu uns gesetzt an den Tisch. Und er hat viel gegessen, denn er war hungrig, und als ich ihn gefragt, wo Mächa wäre, sein Weib und seine Kinder, hat er genommen ein Licht vom Tisch und hat es ausgeblasen mit seinem Munde und ist fortgegangen aus meinem Hause.“

Der Alte wiegte, träumerisch in Erinnerung versunken, den grauen Kopf. „Es war ein schönes Weib, die Mächa, die Tochter der schönen Abital, die Haare hatte um die Stirn, wie das ungemünzte Gold, das sie in Kisten mitbrachte aus dem Hause ihrer reichen Eltern in Amsterdam,“ fuhr er vor sich hinsprechend fort, „und schöne Kinder hatten sie miteinander, und es schadeten ihnen nicht die schwarzen Blattern, denn der Sohn des Abia war weiser als die böse Krankheit, mit seiner Jugend. Aber er kam doch allein aus Mainz und sein Haar war geworden eisgrau, als er sich zu uns setzte an den Tisch.“

Die Frauen schwiegen, auch der Alte verstummte und nickte bedeutungsvoll mit der Stirn. Plötzlich sprang er eilig von dem Lager auf:

„Es ist gegangen das Viertel von einem Jahrhundert über die Erde,“ sagte er gelassen; „was hat gesprochen der einsame Thubal? Hat er gesprochen, es sei Zeit?“

Tamar hatte schweigsam zugehört, jetzt antwortete sie. Ihr Wesen schien seit dem Morgen verändert, die sorglose Anmut war daraus verschwunden, es hatte mehr Festigkeit und entschlossene Haltung, als früher. Sie sagte:

„Laß uns der Mägde eine hinaussenden in die Stadt und herumhorchen, oder ich selbst will gehen und nach Hellem sehen, daß wir ihn mit uns nehmen, Vater.“

„Thubal ist bei ihm und wird Sorge tragen für ihn,“ sagte Kaleb.

„Wer weiß, wann Thubal wird zurückkommen,“ fiel Tamar rasch ein, „und er hat gesagt, daß es Zeit sei —“

Aber der Alte hob die Hand und unterbrach sie. „Als der Herr Sodom vertilgen wollte, da sandte er einen Engel zu Lot, dem Sohne Harans, daß er ihn in sein Haus aufnahm und ihm ein Mahl richtete und backte ungesäuerten Kuchen, und aber, da er den Elia, seinen Knecht, wollte retten vor dem Schwerte Isabel, sandte er zum andermal seinen Engel und hieß ihn fliehen zum Berge Horeb — und wenn es sein wird an der Zeit, wird er auch uns senden einen Boten in Menschengestalt und wird uns heißen gehen.“

Tamar erwiderte nichts. Es lag etwas Unerschütterliches in dem strenggläubigen Wesen des Vaters, das an den Thaten der Vorzeit haftete, und an ihrem Beispiel als unabänderliche Vorschrift für die späten Nachkommen festhielt, daß jedes mahnende Wort vergeblich erschien. Der Alte stand ruhig auf, ließ sich von seiner Frau ankleiden in festliches Gewand und ging auf seinen Stab gestützt mit langsamen Schritten hinab und über die Gasse in die Synagoge, um eine Danksagung für seine Genesung darzubringen.

Doch über Tamars Herz war die Unruhe gekommen, daß sie nirgends Rast fand, angstvoll mit der Dunkelheit, die tiefer hereinbrach, ansteigend, und das Mädchen durchwanderte das Haus, in alle Winkel, in alle Stuben hinein. Sie kam in die Küche, wo die Mägde standen und die Neuigkeiten austauschten, die sie bei den Nachbaren und auf der Gasse vernommen. Sie erzählten von der Pest, welches das Haus des Zadok befallen, daß es ausgestorben, und von der schönen Debora, die im Sterben gelegen, als Baruch, ihr Verlobter, gekommen und sich über ihr Lager geworfen und sein Haar zerrauft. Und wie er die Pest von ihr bekommen und gestorben sei, da sie genesen und wahnsinnig geworden. Und wie das Weib des Machir umgefallen sei in der Synagoge, und der Christenrat in der Stadt habe ein Gebot erlassen, daß die Leichen sofort, auch in der Nacht, sollten herausgeschafft und vors Thor gebracht werden, wo sie zusammen hineingeworfen würden in die Erde.

Die schöne Tamar hörte, was die Mägde sprachen, und sah die entsetzten Mienen, mit denen sie die Worte begleiteten, aber die Pest hatte ihre Schrecken für sie verloren, ihr Herz war fest und furchtlos, nur die Unruhe wollte in ihr nicht rasten. Sie trat ans Fenster und blickte zu dem schmalen Himmelsstreifen auf, der über der Judengasse lag. Ein Stern kämpfte mit Wolken, die sich über ihn drängten und zerrissen, es war Nacht, nichts regte sich im Hause, nur aus dem Nebenzimmer tönte leise ein monoton gesungenes Gebet der alten Lea, und drunten auf der Straße kamen schwere, gleichmäßige Tritte durch die Judengasse herauf und zogen vorüber und verhallten in der Ferne. Tamar bückte sich aus dem Fenster und blickte hinunter, doch sie gewahrte nichts in der tiefen Dunkelheit; aus der Synagoge allein fiel ein schwacher Schimmer und warf ein ungewisses Licht auf die männlichen Gestalten, die mit einem schwarzverhüllten Gegenstand zwischen sich vorüber auf das Ghettothor zueilten. Der Vater war fort und die Unruhe ergriff sie immer mehr. Sie wußte, er kam nicht zurück, bevor er den langen Ritus vollendet, und sah ihn stehen, ehrwürdig mit dem weißen Bart und den ausgestreckten Händen, — dann drängte sich plötzlich ein anderes Bild mit dem bleichen Antlitz Hellems dazwischen, der in einer feuchten Grube unter qualvoll entstellten Gesichtern verschüttet lag und gleichfalls die Arme nach ihr ausstreckte —

Es trieb sie vom Fenster und wieder durch das Haus auf und ab, und sie murmelte gedankenlos ein Wort nach, das sie von den Mägden gehört: „Auch bei Nacht,“ und horchte wieder in die Finsternis hinaus, und Grausen lief ihr über den Leib und machte sie zittern.

Sie sah noch einmal zu dem Stern hinauf, der gerade aus den Wolken hervortrat, und wandte sich entschlossen um. War sie hastig durch das dunkle Haus gegangen, jetzt tastete sie vorsichtig an der Thür und stieg geräuschlos die Treppe hinunter. (Fortsetzung folgt.)

---

* **Der jüdische Kalender.** Herr Lehrer Strauß in Gelnhausen wandte sich an den Leiter der Sternwarte in Berlin, Prof. Förster, mit einer kalendarischen Frage und erhielt vom Assistenten desselben, Prof. Lehmann, eine Antwort, der wir folgendes entnehmen: Bekanntlich beruht der Kalender der Juden auf dem 19jährigen Mondcyklus, so daß das jüdische Jahr naturgemäß in seiner Wiederkehr beträchtliche Abweichungen von dem Sonnenlauf zeigt, welche nur durch die zeitweilige Einschaltung eines Monats einigermaßen wieder ausgeglichen werden. Um die Wiederkehr des Zeitpunktes, in welchem die Sonne an einem gegebenen Wochentage in einem bestimmten Punkte ihrer scheinbaren Bahn sich befindet, zu bestimmen, rechnen daher auch die jüdischen Chronologen mit dem Sonnenjahr. Das letztere besteht bekanntlich aus annähernd 365 1/4 Tagen oder 52 Wochen 1 1/4 Tag. Gehen wir zum besseren Verständnis von irgend einem bestimmten Stande der Sonne aus, beispielsweise, wenn dieselbe sich im Frühlingspunkte befindet, so ist leicht einzusehen, daß nach Ablauf eines Jahres die Sonne um 1 1/4 Wochentag später als im vohergehenden Jahre den Frühlingspunkt erreicht. Nach Verlauf des zweiten Jahres beginnt der Frühling 2 1/2, nach Verlauf des dritten Jahres 3 3/4, nach Verlauf des vierten Jahres 5 volle Wochentage später als Anfangs u. s. f. Nach 8 Jahren beträgt der Unterschied 10, nach 12 Jahren 15 . . . und endlich nach 28 Jahren 35 Wochentage, d. h. zum ersten Male ein Vielfaches einer vollen Woche. Folglich fällt nach 28 Jahren das Datum des Frühlinganfanges wieder auf denselben Wochentag, wie bei Beginn unserer Rechnung. Allerdings ist diese Rechnung nicht vollkommen genau, weil der jährliche scheinbare Umlauf der Sonne 11 Min. 12 Sek. weniger als 365 1/4 Tage beträgt, ein Umstand, der bekanntlich durch die gregorianische Schaltrechnung in hinreichendem Maße berücksichtigt wird. Beiläufig bemerkt würde im Kalender der Juden der Frühlingsanfang nach 28 Jahren wohl auch wieder auf denselben Wochentag, aber nicht immer auf denselben Monatstag fallen.

Hier und dort.

* **Berlin,** 15. Dezember. („Böhmische Berge.“) Unter diesem Stichworte brachten wir in voriger Nr. ein Entrefilet, an dessen Schluß wir Herrn Dr. Stern in Saaz ersuchten, uns seinen auf „Verjüngung des Judentums“ 2c. abzielenden Plan unseren Lesern zu unterbreiten, damit sie ihn kennen lernen. In dankenswerter Bereitwilligkeit übersandte Herr Dr. Stern uns einen umfangreichen Aufsatz über sein „Jung-Israel“. Wir werden ihn aber erst in den ersten Nummern des neuen Jahrganges veröffentlichen, da dieser Arbeit unzweifelhaft eine rege, anregende Polemik über Wesen und Wert eines Reformjudentums folgen wird, die wir nicht in zwei verschiedenen Jahrgängen des Blattes veröffentlichen möchten. Wir hoffen, daß die Polemik ruhig und sachlich verlaufen, läuternd und klärend wirken werde. Berichtigend bemerken wir, daß in dem zitierten Entrefilet gelesen werden muß: Dr. St. hoffe mit den Propheten und Großen Israels, daß das Judentum einst (statt „nicht“) von allen Völkern anerkannt werden würde.

* **Berlin,** 15. Dezember. (Ein Protest) gegen die vorgestern vollzogene Vorstandswahl ist, wie wir hören, heute an das Polizeipräsidium abgegangen. Der Protest stützt sich auf

den statutenwidrigen Ausschluß der Oeffentlichkeit bei dem Wahlakte.

✱ **Königsberg i. Pr.**, 13. Dezember. (Vortrag.) Im Litteraturverein hielt Privatdocent Dr. Peiser einen Vortrag über „Das Babylon der jüdischen Gefangenschaft". Redner beleuchtete dabei die hohe Bedeutung, welche die babylonische Kultur der angegebenen Zeitepoche für die weitere Kulturentwickelung der jüdischen Nation und durch diese indirekt für die Entwickelung der gesamten zivilisierten Welt gehabt hat, und gab der Meinung Ausdruck, daß das Babylon jener Zeit als die Wiege der gegenwärtigen Zivilisation bezeichnet werden könne. Von diesem Gesichtspunkte aus entrollte der Vortragende in anschaulicher Darstellung Bilder aus dem damaligen Leben Babylons. Die Zuhörer wurden in den Baalstempel, unter das Tempelthor zu den Gerichtsstätten und an die Tische der Banquiers und der Berufsschreiber geführt und lernten die wohlgeordnete Gerichtspflege und Staatsverwaltung, die Bevölkerung Babylons und ihre Stände und Berufsarten, das Familienleben, soweit darüber uns bekannt geworden, und die Denk- und Lebensweise der äußerst gemischten Einwohnerschaft kennen, thaten Blicke in die Litteratur und Kultur des Volkes und durften schließlich noch im Königspalaste des Darius an einem Königsmahle, einer Audienz der Deputationen der unterjochten Völkerschaften und an einem Götzenfeste, einer Art Krönungsfeierlichkeit des Königs, im Geiste teilnehmen. Die lebensvollen interessanten Darstellungen fanden den lebhaftesten Beifall der dankbaren Zuhörerschaft.

ns. **Memel**, 13. Dezember. (Das jüdische Krankenhaus zu Memel.) Die geographische Lage unseres Ortes hat diesen von altersher zum naturgemäßen Handels-Centrum und vorderften Punkt des westlichen Europa für weite Strecken eines von einer armen jüdischen Bevölkerung dicht besetzten russischen Landstriches gemacht. Bei den lebhaften Handelsbeziehungen mit dem benachbarten Rußland bestand in Memel von jeher ein großer Zug von Kranken, um bei den hiesigen Aerzten Heilung zu suchen, darunter wohl der größte Teil völlig unbemittelter Menschen, welche hier in elenden Gelassen und verlassenen Ställen kaum Obdach fanden. Diesen jammervollen Uebelständen abzuhelfen, ist im Jahre 1871 aus Beiträgen deutscher Glaubensgenossen ein jüdisches Krankenhaus hier errichtet worden und durch Spenden vornehmlich seitens der hier handeltreibenden russisch-jüdischen Kaufleute unterhalten. Seit fast einem Menschenalter ist dieses eminent segensreich wirkende Institut eine Heilanstalt für mittellose Kranke gewesen. Um das Gedeihen des Werkes machte sich der frühere Arzt des Hauses Herr Dr. Fürst (jetzt in Berlin) besonders verdient. Das Haus aber, das dann zu diesem Zwecke erworben wurde, erwies sich besonders in den letzten Jahren als viel zu klein und mangelhaft, der hohen Zahl der Heilungsuchenden bei weitem nicht entsprechend, sodaß Herr Medizinalrat Nath in einem Jahresbericht schreiben konnte: „Die elendesten Zustände herrschen im jüdischen Krankenhause zu Memel." Es galt dem Uebel abzuhelfen, für das bereits bestehende Institut ein neues größeres Heim zu schaffen. Auf Anregung des verdienstvollen Arztes des Hauses, Herrn Dr. Pindikowsky, der mit hingebender Liberalität seit länger als einem Jahrzehnt seine Funktion unentgeltlich versieht, gesellten sich zu den beiden ersten Mitbegründern des Hauses, dem rühmlichst bekannten Rabbiner Dr. Rülf und dem Senior unserer Gemeinde, Herrn Saul Bloch, einige angesehene Männer der Initative, die vereint die edle Sache in die Hand nahmen und thatkräftig ans Werk gingen. Diesen voran der Vorsitzende im Vorstande der Synagogen-Gemeinde, Herr Banquier Leopold Alexander, der aus eigenen Mitteln einen großen Platz kaufte und hochherzig dem jüdischen Krankenhause zur Bebauung zueignete. Unter Mitwirkung auswärtiger einflußreicher Kreise, ist in kurzer Zeit durch milde Sammlungen ein Fonds aufgebracht, aus dem ein neues Haus errichtet werden konnte. Angesichts des humanen Zweckes haben die Behörden entgegen den herrschenden Bestimmungen, die Bebauung des Platzes gestattet, sodaß Ende August 1895 die Grundsteinlegung sich vollzog. Vor Beginn des Winters kam der Rohbau unter Dach und am 22. v. M. wurde das Haus seiner Bestimmung geweiht. Die Einweihung vollzog sich im Beisein der Spitzen der staatlichen und städtischen Verwaltungsbehörden. Der Vorsitzende Alexander übergab nach einer angemessenen Ansprache das Haus dem Anstaltsarzt, Herrn Dr. Pindikowsky. Darauf nahm dieser das Wort, die Entstehungsgeschichte des Hauses darlegend. Alsdann folgte die Einweihungsrede des Rabbiners Dr. Rülf, der über die Bedeutung des Unterstützungs- und Liebeswerkes in der israelitischen Religion sich verbreitete und ganz besonders an den Vers Ps. 41, 2. die Verdienstlichkeit der Krankenpflege zum Heile der Gesellschaft und zur Förderung eines frommen und glücklichen Lebens entwickelte. Nach dem Weihakte wurde ein Rundgang durch alle Räume des Hauses vorgenommen, welches in wahrhaft musterhafter Weise eingerichtet und mit allen Hilfsmitteln des modernen Heilverfahrens ausgestattet ist. Die hohe Befriedigung über das wohlgelungene Werk gaben die geladenen Gäste von den königlichen und städtischen Behörden in trefflichen Reden bei dem abends stattgehabten Festmahle kund. — So steht das Haus vollendet da. Es bedarf aber noch der Sicherstellung des Etats zur Deckung der laufenden Ausgaben. Die jährlichen Ausgaben des neuen Hauses beziffern sich voraussichtlich auf Mk. 7000, eine nicht zu hoch gegriffene Summe. Die Einnahmen dagegen sind mit nur Mk. 4000 gesichert. Ein Zuschuß von Mk. 3000 jährlich ist noch erforderlich. Da das Werk nicht unseren lokalen Verhältnissen, sondern den aus Rußland herüberkommenden armen kranken Glaubensbrüdern geweiht ist, sodaß es gewissermaßen eine Schutzwehr gegen das Vordringen armer Kranker, kranker Armer in Westeuropa bildet, so, sei die Anstalt dem Wohlthätigkeitssinn unsrer westlichen Glaubensgenossen bestens empfohlen. Mittelst allerhöchster Ordre vom 18. Juli cr. ist übrigens der Anstalt das Recht einer juristischen Person verliehen worden.

t. **Posen**, 14. Dezember. (Der Verein jüdischer Lehrer der Ostprovinzen) hält hier am 24. d. Mts. seine Provinzial-Lehrerversammlung ab, für welche folgende Tagesordnung festgesetzt ist: 1. Gesang, 2. Begrüßung und geschäftliche Mitteilungen, 3. Rechnungslegung, 4. Wahl des Vorstandes und der Stellvertreter, 5. Vorträge: a) Notwendigkeit der jüdischen Volksschule (Katz-Gnesen), b) Nebenbeschäftigung der jüdischen Lehrer (Hopp-Kurnik) c) Einheitlichkeit des jüdischen

Religionsunterrichts (Salinger-Znin), d) Die Barmizwah (Naftaniel-Pakosch), 6. Referate über eingesandte Bücher: a) Maybaums Methodik (Hamel-Rawitsch), b) Leimdörfers Nachbiblische Geschichte, c) Herzbergs Hammadrich (Cohn-Lissa i. P.), 7. Anmeldung von Vorträgen für die nächste Versammlung, 8. Tag und Ort der nächsten Versammlung, 9. Anträge von Mitgliedern. Der Verein zählt ca. 70 Mitglieder.

Ж **Myslowitz**, 13. Dezember. (Der Israelitische Frauenverein), 1840 gegründet, feierte am 8. d. M. sein 56. Stiftungsfest unter zahlreicher Beteiligung der Mitglieder und deren Angehörigen, sowie einer Anzahl geladener Gäste, durch ein Festessen verbunden mit einem Konzert. Dem von der Vorsitzenden, Frau Dr. Jaffe, erstatteten Jahresbericht war zu entnehmen, daß sowohl hiesige als auch durchreisende Arme, unbemittelte Bräute, Wöchnerinnen und Kranke reichlich unterstützt worden sind. Ferner hat der Verein der Synagogen-Gemeinde zur Ausschmückung der neuen Synagoge einen prachtvollen mit Goldstickerei versehenen Vorhang für das Aron hakodesch gestiftet. Das Vereinsvermögen beläuft sich auf 2467 Mk.

⁂ **Breslau**, 13. Dezember. (Litterarische Notiz. — Schulsache.) „Mi addir", den bekannten Traugesang, hat Herr Kantor Friedland nach einer alten — wenn ich nicht irre Sulzerschen — hier und anderwärts sehr beliebten Melodie für Solo mit Klavier- oder Harmoniumbegleitung bearbeitet und in dem renommierten Verlage von Georg C. Bürkner soeben erscheinen lassen. Ich verfehle nicht auf die gelungene, weil leicht ausführbare Piece hinzuweisen, weil ich annehme, daß sie nicht nur den Herren Kantoren willkommen sein, sondern daß sie auch von Familien als Andenken an eine Hochzeit gern bezogen werden wird. — Die städtische Schuldeputation hat an die Leiter der hiesigen Volksschulen die Mitteilung gelangen lassen, daß die jüdischen Schulkinder am Rosch haschanah und Jom kippur vom Schulbesuch eo ipso, ohne jeden Antrag zu dispensieren seien, dagegen soll verwaisten Kindern reiferen Alters der Besuch der Seelenfeier an anderen Feiertagen nur auf Antrag gestattet werden.

H. C. **Hannover**, 13. Dezember. (Unterhaltung jüdischer Friedhöfe.) Auf einen Bericht des Landrabbiners Dr. Gronemann hat der Oberpräsident ausgesprochen, daß nichts dagegen einzuwenden sei, wenn die Mittel für die Unterhaltung von Friedhöfen aufgelöster Synagogengemeinden im Notfalle aus den Landrabbinatskassen getragen würden. Ein Bedürfnis, die Einstellung entsprechender Beträge in das Budget der Landrabbinatskassen allgemein anzuordnen, könne indes nicht anerkannt werden. Es müsse vielmehr den Landrabbinern überlassen bleiben, sich mit geeigneten Anträgen an die Regierungspräsidenten zu wenden. Diese hätten auch darüber zu befinden, ob die Einstellung einer entsprechenden Position nicht von dem Eintritt eines bestimmten Bedürfnisses abhängig zu machen sei. Daß die Polizeibehörden sich für den Zustand solcher verlassenen Friedhöfe interessieren und gegebenenfalls den Landrabbiner benachrichtigen werden, hält der Oberpräsident für selbstverständlich.

Frankfurt a. M., 13. Dezember. (Herr Direktor Hirsch verteidigt sich) gegen die Auslassung Ihres hiesigen Korrespondenten in Nr. 48 d. Bl., indem er seinen inkriminierten Angriff — wiederholt. Doch nein, nicht wiederholt, sondern „erklärt" und entschuldigt. „Meine Ausführungen," schreibt Dr. Hirsch, „stehen unter dem Gebote der Abwehr. In der Verteidigung einer uns heiligen Sache und unantastbarer Prinzipien bin ich begriffen, ganz natürlich ergiebt sich da die Kennzeichnung, wie nun diese Sache und diese Prinzipien auf der Gegenseite angesehen und gewahrt werden. Um Sache und Prinzipien also handelt es sich für mich, wie sie durch die Kanzel der Hauptsynagoge und die Realschule der Gemeinde sich manifestieren, und zwar nicht um eine Beurteilung dieser Prinzipien an sich, sondern lediglich um ihr Verhältnis zum gesetzestreuen Judentum. Registriert habe ich thatsächlich Feststehendes. Die Kanzel einer Orgelsynagoge, aus deren Gebetbuch der Gedanke an einen Messias aus dem Davidhause, an die „Wiederherstellung eines jüdischen Staates in Palästina," an „den Aufbau eines Tempels in Jerusalem als eines Einigungspunktes für Israel," an „die Sammlung der Zerstreuten", an den „Opferdienst", grundsätzlich ausgemerzt ist, — die Kanzel, unter deren Aegide ein besonderer Religionsunterricht besteht für die Kinder der, im Gegensatze zur „Orthodoxie", „der freisinnigen Richtung im Judentum" angehörigen Kreise, für die der Unterricht in der seit Jahren bestehenden Religionsschule um seiner Tendenz willen nicht geeignet, sagen wir ganz einfach, zu fromm ist, — eine Schule, in der schon die erziehliche Einwirkung des Vorbildes der Mehrzahl des Lehrkörpers die Heilighaltung des Sabbats und überhaupt des gesamten sogenannten Zeremonialgesetzes untergraben wird, in deren maßgebenden Kreisen die Anschauung herrscht, daß nur durch Aufgeben des Zeremonialgesetzes das Judentum erhalten werden könne —: von dieser Kanzel und von dieser Schule sage ich, daß sie ausgesprochen im Dienste des entschiedensten Abfalls vom Gottesgesetze stehen. Mit irgend einer Persönlichkeit also habe ich es dabei nicht zu thun, vielmehr lediglich mit dem in den genannten Institutionen verkörperten Prinzip. Unter diesem Gesichtspunkte ist es für diese Betrachtung ganz gleichgiltig, wie weit mehr oder weniger der Einzelne dieses Prinzip einschränkt oder ausweitet, insbesondere ob von einem Vertreter dieser Institutionen in praxi dem Zeremonialgesetze mehr oder weniger Konzessionen gemacht werden". — Ich will einem Berufeneren das Vergnügen der Widerlegung dieser Pilpulistik nicht verderben und beschränke mich nur auf die Wiedergabe vorstehender Auslassung. Sie ohne meinen Kommentar zu deuten, überlasse ich getrost dem Urteil Ihrer an selbständiges Denken gewöhnten Leser.

Aachen, 14. Dezember. (Petition.) Dem Landtag ist eine Eingabe zugegangen, worin der Vorstand der Synagogen-Gemeinde beantragt, daß am Kaiser Wilhelms-Gymnasium jüdischer Religionsunterricht schulplanmäßig auf Kosten der Anstalt erteilt werde. Auf den Erfolg dieser Petition darf man gespannt sein.

(?) **Eßlingen**, 13. Dezember. (Württembergischer Unterstützungsverein.) Der hier domizilierte „Unterstützungsverein von Witwen und Waisen armer israelitischer Lehrer und Vorsänger Württembergs" hat soeben seinen diesjährigen Rechenschaftsbericht versandt, aus dem wir ersehen, daß der Verein

sich nach wie vor der Gunst weitester Kreise erfreut, so daß er, 1862 mit nur 8 Mitgliedern und geringen Mitteln begründet, in diesem Jahre 11 Relikten mit 2630 Mk. unterstützen und am 31. März d. J. einen Vermögensstand von 48811 Mk. verzeichen konnte. Die nächste Mitgliederversammlung wird über zwei wichtige Fragen zu beraten haben: a) über „Aufgabe, Einrichtung und Unterrichtsbetrieb der israelitischen Religionsschule der Gegenwart“, b) über „Die Stellungnahme gegenüber dem Verband der jüdischen Lehrervereine im Deutschen Reiche.“ Wir Wünschen dem Vereine fortschreitendes Gedeihen!

Kettwig v. d. Br., 18. Dezember. (Amtsjubiläum.) In würdiger Weise beging am 6. d. M. die hiesige Gemeinde das 30jährige Amtsjubiläum ihres Vorstehers, Herrn Herm. Seligmann. Vormittags überbrachte Rabbiner Dr. David aus Düsseldorf die Glückwünsche des Vorstandes und der Repräsentanten-Versammlung seiner Gemeinde. Nachmittags 5 Uhr fand ein Festgottesdienst statt, an welchen sich ein Festessen anschloß. Vor Beginn desselben überreichte Herr Lehrer Abraham dem Jubilar im Auftrage der Gemeinde das Ehrengeschenk derselben, einen silbernen Pokal. Herr Bürgermeister Wasse beglückwünschte den Jubilar zu seinem segensreichen Wirken und überbrachte die Glückwünsche der bürgerlichen Gemeinde-Vertretung. In warmen Worten äußerte er seine Befriedigung über das gute Einvernehmen der verschiedenen Konfessionen am hiesigen Platze und gab dem Wunsche Ausdruck, daß dies Verhältnis weiterhin das gleiche bleiben möge. Herr Lehrer Abraham weihte sein Glas dem Jubilar. Redner besprach die durch den Gefeierten im Verlaufe eines Menschenalters bethätigte erfolgreiche Verwaltung der Gemeinde, und schloß mit dem Wunsche, daß es dem Jubilar noch lange vergönnt sein möge, in rüstiger körperlicher und geistiger Frische an der Spitze der Gemeinde zu stehen. Nach einem Schlußworte des Jubilars, in welchem er seinen Dank aussprach für die ihm dargebrachten Glückwünsche, wurde auch der Jugend ihr Recht in einem flotten Balle, der sich bis spät in die Nacht ausdehnte.

□ **Gießen**, 14. Dezember. (Zur Rabbinerwahl.) Unsere Regierung hatte ursprünglich die Anstellung nur eines Rabbiners beabsichtigt und Herrn Dr. Mannheimer aus Oldenburg vorgeschlagen. Der Gemeindevorstand war mit dieser Wahl einverstanden, da aber Herr Dr. M. die Entfernung der Orgel aus der Synagoge als erste Bedingung für die Annahme der Wahl erklärte, zerschlug sich die Angelegenheit.

A. **München**, 13. Dezember. (Todesfall. — Vorstandswahl.) Unsere Kultusgemeinde ist von einem schweren Verlust betroffen worden. Am 8. d. M. verschied Herr Großhändler Louis Schwab. Der Verstorbene gehörte seit 1875 dem Verwaltungs-Ausschusse der Kultusgemeinde an und bekleidete vom Jahre 1883 an die Stelle des zweiten und seit 9. Mai 1894 die des ersten Vorstandes. Die Gemeinde verliert in dem Dahingeschiedenen einen mit den trefflichsten Eigenschaften des Geistes und des Herzens ausgestatteten Mann. — Bei den am 5. d. M. vollzogenen Wahlen für die Verwaltung unserer Gemeinde wurden 270 Stimmen abgegeben. Fast einstimmig wurden gewählt: Rechtsanwalt Leopold Siegel I, der inzwischen verstorbene Kaufmann Louis Schwab, Landgerichtsrat Eduard Silbermann, Kaufmann Wilhelm Fränkel, Banquier Albert Schulmann, Privatier Moritz Feuchtwanger.

München, 13. Dezember. (Der „Talmudauszug“. — Ein schönes Symbol.) Der Geist Rohlings spukte dieser Tage in einem Gerichtssaale zu München; der Gärtner Benno Posch sollte sich nämlich wegen Verbreitung des Rohlingschen „Talmudauszuges“ verantworten. Der Angeklagte hatte vor kurzem in seiner Heimatstadt verschiedene antisemitische Flugschriften, darunter auch den „Talmudauszug“ an Passanten verteilt. Auf dem Mandatswege wegen groben Unfugs in eine Strafe von 12 Mk. genommen, erhob Posch Einspruch mit der Begründung, daß dieser Talmudauszug seit Jahresfrist in mehr als hunderttausend Exemplaren verbreitet worden sei. Auf Antrag des Amtsanwalts wurde zur Verlesung durch Gerichtsbeschluß die Oeffentlichkeit ausgeschlossen, um eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung zu verhüten. Nach Wiederherstellung der Oeffentlichkeit beantragte der Staatsanwalt wegen der cynischen Art und Weise, mit welcher in dem Flugblatt den Juden Sittengebräuche imputiert und als heute noch zu Recht bestehend erklärt werden, eine Erhöhung der Geldstrafe auf 25 Mk. Der Inhalt dieses Talmudauszuges sei geeignet, nicht nur bei den Juden, sondern auch bei Nichtjuden Aergernis zu erregen und habe lediglich den Zweck, gegen die Israeliten aufzureizen. Das Gericht eignete sich diese Anschauung vollkommen an und verurteilte den Posch zu 25 Mk. Geldstrafe, eventuell 5 Tage Haft. In den Urteilsgründen wurde insbesondere hervorgehoben, daß bei der Gleichberechtigung der jüdischen Konfession derartige Expektorationen, wie sie in dem Talmudauszug enthalten sind und geradezu wider besseres Wissen noch als rechtlich sanktioniertes Gesetz der Juden erklärt werden, die Allgemeinheit in hohem Grade beläftigen und geeignet sind, allgemeines Aergernis zu erregen, weshalb Posch wegen groben Unfugs zu bestrafen und bei der Frivolität seines Einspruchs in entsprechend höhere Strafe zu nehmen war. Außerdem wurde auch die Einziehung und Unbrauchbarmachung der konfiszierten Druckschriften ausgesprochen. — An der Spitze des neuen Justizpalaftes dahier sind über dem Portale die zwei Bundestafeln mit den Zehn Geboten angebracht. Ein passenderes Symbol konnte kaum gewählt werden, denn die Zehn Gebote sind die Grundlage aller Justiz und aller Kultur.

Fürth, 12. Dezember. (Der Landesverein zur Unterstützung notleidender israelitischer Kultusgemeinden in Bayern) versendet seinen ersten Rechenschaftsbericht für das Jahr 1895 und über die Unterstützungen pro 1896. Der Verein ist, wie man sieht, noch jung, sehr jung, und doch hat er schon Ersprießliches geleistet und darf man noch Ersprießlicheres von der Zukunft erwarten. Als am 23. April 1893 auf der I. bayerischen Rabbinerkonferenz zu Fürth ein von Rabb. Dr. Ziemlich-Nürnberg eingebrachter Antrag auf Einsetzung einer Kommission beraten wurde, „die sich mit hervorragenden Gemeindevorstehern in Bayern ins Einvernehmen setzen sollen, um im Verein mit ihnen einen bayerisch-israelitischen Gemeindebund ins Leben zu rufen“, da erklärte in der Debatte H. Vorstand Holzinger-Fürth vor allen Dingen einen Verein zur Aufbringung von Zuschüssen für die kleineren Gemeinden und ihre Kultusdiener für dringendstes Erfordernis. Diesen Ge-

danken griff Rabbiner Dr. Neubürger-Fürth auf. Nachdem er festgestellt hatte, daß schon 1890 nur 7 % aller dieser Gemeinden aus 50 Familien und darüber bestanden, daß dagegen $^3/_4$ aller Gemeinden nicht einmal 100 Seelen, und mehr als die Hälfte davon nicht einmal 50 Seelen gezählt haben, arbeitete er die Statuten eines Landesvereines zur Unterstützung notleidender israelitischer Kultusgemeinden in Bayern aus und legte sie der II. bayerischen Rabbinerkonferenz zu Würzburg im Mai 1894 mit dem Antrage auf Gründung eines solchen Vereines vor. Sie wurden hier sofort und dann von einer konstituierenden Versammlung, welche unter Beteiligung zahlreicher Rabbiner und Gemeindevorstände am 25. Dezember 1894 zu Nürnberg tagte, nach entsprechender Amendierung angenommen. Damit war der Landesverein ins Dasein getreten. Als Sitz des Vereins war ursprünglich München, dann Nürnberg in Aussicht genommen; aus Gründen der Zweckmäßigkeit wurde jedoch schließlich Fürth gewählt. Aus gleichen Gründen wurde je ein zusammenwirkender Vorsitzender und Kassierer den Schwestergemeinden Nürnberg-Fürth entnommen. Den Zweck des Vereins giebt sein Name an: Wie dringend das Bedürfnis ist, welchem der „Landesverein“ abzuhelfen strebt, mag aus der Thatsache hervorgehen, daß derselbe in den $1^1/_2$ Jahren seines Bestehens schon 7730 Mark auf den Zweck zu verausgaben gezwungen war, dabei aber weitaus nicht die Hälfte der an ihn herangetretenen berechtigten Ansprüche zu befriedigen vermochte. An Einnahmen verzeichnet der Bericht Mk. 12023,95. Vorsitzender desselben ist Justizrat Günzenhäuser, hierselbst. Wir wünschen so viel Gönner und Förderer, wie er sie verdient und auch braucht, auch sich allen an ihn hinantretenden Pflichten gewachsen zu sein.

W. **Stuttgart**, 14. Dezember. (Israelitisches Landesasyl.) In einer reich besuchten Versammlung der hiesigen und der Juden der Umgegend wurde beschlossen, einen „Israelitischen Landesasyl- und Unterstützungsverein“ zu gründen, der den Zweck hat, für alte und bedürftige Juden, die sich nicht ernähren können, ein Heim zu gründen. Sobald ein Kapital von 100.000 Mk. zusammengekommen ist und das Asyl eine jährliche Einnahme von 10.000 Mark zu haben hofft, wird das Heim errichtet werden. Eine große Summe wurde bereits gezeichnet.

⊙ **Budapest**, 13. Dezember. (Israelitisch-ungarische litterarische Gesellschaft. — Kein „jüdischer“ Bischof mehr.) Nach wenig mehr als einjährigem Bestande hielt die Israelitisch-ungarische litterarische Gesellschaft am 9. d. M. in einem Saale der israelitischen Religionsgemeinde ihre erste Festversammlung, welcher die ordentliche Generalversammlung folgte. Die Gesellschaft genießt trotz ihres kurzen Bestandes bereits einen vorzüglichen Ruf, was sich auch in dem Besuche der Festversammlung dokumentierte, zu welcher zahlreiche hervorragende Persönlichkeiten und viele Mitglieder aus der Provinz sich eingefunden hatten. — Nach einer römischen Nachricht hat der Domherr Fraknoi auf den Bischofsitz von Fünfkirchen verzichtet, da in vatikanischen Kreisen gegen die Ernennung eines getauften Juden Opposition wahrnehmbar ist.

o. **London**, 7. Dezember. (Frühere Lordmayors. — Stiftung.) Daß der gegenwärtige Lordmayor von London, Faudell Philipps, nicht der erste Jude ist, der den höchsten bürgerlichen Ehrenplatz in der Themsestadt inne hat, ist bekannt. Schon seinem Vater war die gleiche Würde übertragen worden. In dem Jahre, da Sir Augustus Harris Sheriff von London war, saß Sir Isaacs, der Chef des großen Londoner Fruchtgeschäftes, auf dem Bürgerthron. Sir David Salomons aber war der erste Jude, der zum Lordmayor gewählt worden ist. Es war noch zur Lebenszeit des Prinz-Gemahles der Königin Viktoria. Als diesem der Bischof von London die Wahl Sir Davids mitteilte und hinzufügte: „Nun haben wir endlich einen Gentleman auf dem Bürgerthron!“ entgegnete der königliche Herr: „Ich gratuliere Ihnen dazu und freue mich, daß Sie auf der Suche nach einem Bürgeroberhaupt nicht engherzig an der Grenze des Christentums halt gemacht haben!“ — Baronin Hirsch will ein Heim für jüdische Schwindsüchtige in England gründen. Sie hat ihren Verwandten, Mr. Bischoffsheim, Sir Edward Sassoon und Frank Lucas, zu dem Zwecke eine Summe von 50 000 Pfund Strl. eingehändigt.

⚖ **St. Petersburg**, 13. Dezember. (Beschränkung. — Auswanderung. — Jüdische Studenten.) Einige russische Stadtverordneten-Versammlungen haben, der antisemitischen „Nowoje Wremja“ zufolge, bei der Regierung petitionsweise die „Einschränkung des jüdischen Elementes“ in den Börsenkomitees (Handelskammern) beantragt. — Die Emigrationsbewegung hat unter der jüdischen Bevölkerung des Jekaterinoslawschen Gouvernements ziemlich große Dimensionen angenommen. In Alexandrien (Egypten) und in Leeds (England) giebt es gegenwärtig ganze Stadtviertel, die von aus dem Jekaterinoslawschen Gouvernement ausgewanderten Juden bevölkert sind. Unter den Emigranten befinden sich zwei junge Aerzte, die in Jekaterinoslaw geboren, das dortige Gymnasium und ihre medizinischen Studien auf russischen Universitäten absolviert haben. Der eine der Aerzte ist nach Alexandrien, der andere nach Leeds übergesiedelt und beide haben in den genannten Städten eine ausgebreitete Praxis, vorherrschend unter den russischen Uebersiedlern. — Der jüngst erschienene amtliche Bericht über das Personal der Universität Dorpat erweist einen beträchtlichen Rückgang der Zahl der Studierenden evangelischer und jüdischer Konfession. Evangelische Studierende waren 537 gegen 649 im Vorjahre, jüdische 188 (242), dagegen stieg die Zahl der griechisch-orthodoxen von 89 auf 119 und der römisch-katholischen von 79 auf 83.

✤ **Vom Balkan**, 10. Dezember. (Anerkennung des jüdischen Geistes. — Jüdische Studenten. — Schulinspektion.) Rumänische Politiker sagen offen, daß es ihr moralisches und materielles Interesse erheische, die Juden möglichst zu unterdrücken, da diese infolge ihrer Fähigkeiten und ihres Fleißes die rumänischen Christen weit überragen. Sie kränken sich, daß einige naturalisierte Juden hohe Stellen bekleiden, wie zum Beispiel B. Emanuel David, der erste Professor für Mathematik an der Bukarester Universität; Professor Lazar Scheineanu; Dr. Tiktin, der erste Grammatiker; Negrescu, der erste Architekt; Dr. Schachmann, der erste Arzt ꝛc. ꝛc. — Die Bukarester Universität hat soeben ihren Bericht über das Jahr 1895/96 veröffentlicht und es zeigt sich, daß von

1680 Studenten 168 Juden sind. Ein ähnliches Verhältnis besteht an der Universität zu Jassy. — Herr Bénédikt, Vizesekretär der Alliance Israélite, welcher vom Zentralkomitee den Auftrag erhalten hatte, die Schulen in Bulgarien zu inspizieren, hatte eine Audienz beim Unterrichtsminister Velitschkow. Seine Exzellenz empfing Herrn Bénédikt mit der größten Liebenswürdigkeit und versicherte ihn, daß die Regierung das größte Wohlwollen für die jüdischen Schulen in Bulgarien hege. Der Minister, welcher kurz zuvor die öffentlichen Schulen des Landes inspiziert hatte, sprach Herrn Bénédikt von der Befriedigung, die er beim Besuche der jüdischen Schulen empfunden, er habe sich davon überzeugt, daß die Kinder einen gründlichen und vielseitigen Unterricht genießen.

St. **New York**, 1. Dezember. (Wohlgemeinte Warnung — Versammlung der Union Israelitischer Gemeinden.) In der „Young - Men's Hebrew Association“ sprach jüngst der bekannte Richter Meyer Salzberger aus Philadelphia, der seine Zuhörer ermahnte, sich nicht in so großer Zahl dem kaufmännischen Berufe zuzuwenden, sondern mehr solche Berufszweige vorzuziehen, in welchen bis zu einem gewissen Frage Handfertigkeit notwendig sei. „Wenn,“ so führte der Genannte aus, „irgend jemand der Vereinigung eine Eisenbahn schenken würde, so würde zweifellos nicht ein einziges Mitglied in der Vereinigung gefunden werden können, welches im Stande wäre eine Lokomotive zu führen.“ — Die diesjährige Versammlung der Union Israelitischer Gemeinden wird in Louisville, heute beginnend, abgehalten werden. Delegaten aus allen Teilen des Landes werden sich da einfindenund die Verhandlung wohl mehrereTage dauern. Das Hauptgeschäft wird wohl wieder die Aufbringung der Mittel sein für die Erhaltung des Rabbiner-Seminars in Cincinnati, und es ist zweifellos, das dieselben mit gewohnter Liberalität gewährt werden.

☛ Der heutigen Nummer unseres Blattes liegt ein Prospekt der Verlagsbuchhandlung von Siegfried Cronbach, Berlin W. 57, bei, auf den wir unsere Leser hierdurch aufmerksam machen.
Die Exped.

Verantwortlicher Redakteur: A. Levin, Berlin. — Verlag: Siegfried Cronbach, Berlin W. 57. — Druck: Arthur Scholem, Berlin C., Roßstr. 3.